

Sozialberichterstattung
Gesellschaftliche Trends
Aktuelle Informationen

Eine **ZUMA** Publikation

Inhalt

Zunehmende Tendenz zu späteren Geburten und Kinderlosigkeit bei Akademikerinnen	1
Geringes Vertrauen in wirtschaftlich schwachen Ländern	6
Aktuelle Datenangebote der Abteilung Soziale Indikatoren	10
Quality of Life Research Buchvorstellung	11
Workshopankündigung: Subjektives Wohlbefinden und subjektive Indikatoren: Grundlagen, Daten und Analysen	11
Zustimmung zu traditionellem Alleinverdienermodell auf dem Rückzug	12
6th Conference of the International Society for Quality-of-Life Studies	15
32. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie Soziale Ungleichheit - kulturelle Unterschiede	16

Zunehmende Tendenz zu späteren Geburten und Kinderlosigkeit bei Akademikerinnen

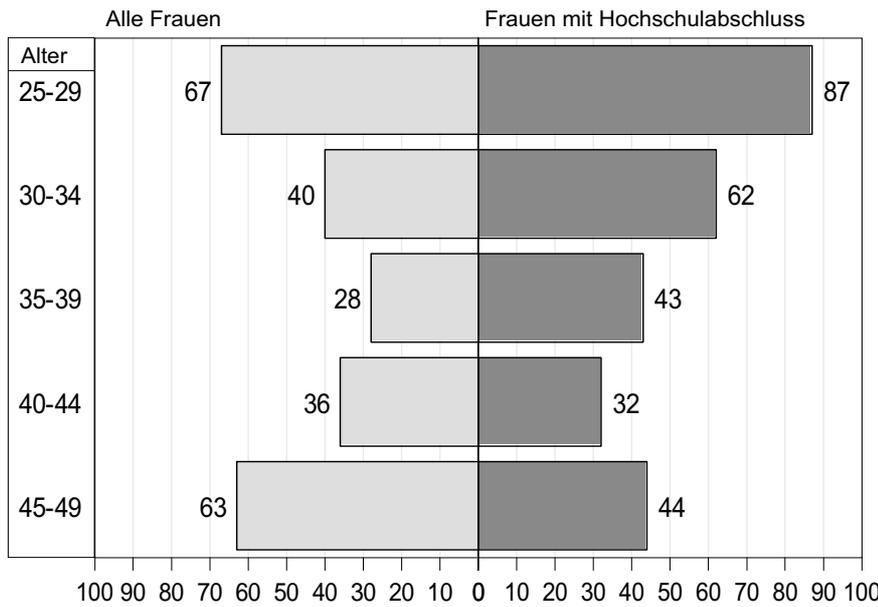
Eine Kohortenanalyse auf der Basis von Mikrozensusdaten

Obwohl sich die Geburtenziffern in Westdeutschland nach einem Hoch in den 1960er Jahren schon seit Mitte der siebziger Jahre auf einem relativ niedrigen Niveau stabilisiert haben und in den letzten Jahren kein nennenswerter Rückgang zu beobachten ist, findet das Thema in der öffentlichen wie in der wissenschaftlichen Diskussion derzeit beträchtliche Beachtung. Vor dem Hintergrund der defizitären Rentenkassen stehen dabei die kinderlosen Frauen und hier vor allem die Akademikerinnen im Zentrum des Interesses, welche Prognosen zufolge zu über 40% zeit lebens kinderlos bleiben werden. Frauen mit höherer beruflicher Qualifikation verweilen nicht nur länger im Bildungssystem, sondern die Investitionen in die Ausbildung gehen auch mit einer verstärkten Orientierung auf Beruf und Karriere einher. Die Beispiele der skandinavischen Länder oder auch Frankreichs zeigen jedoch, dass eine Karriereorientierung von hochqualifizierten Frauen keinesfalls gleichbedeutend mit einem Verzicht auf eine Familiengründung sein muss. Unter den in Deutschland gegebenen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen lassen sich Beruf und Mutterschaft für Frauen jedoch nur unter hohen Kosten vereinbaren, weshalb die Konzentration auf eine der beiden Alternativen häufig sinnvoller erscheint (Huinink 2002).

Der vorliegende Beitrag untersucht, wie sich die Kinderlosigkeit von Akademikerinnen im Vergleich zu anderen Bildungsgruppen darstellt. Im Mittelpunkt des Interesses steht die Entwicklung im Zeitverlauf unter Berücksichtigung der Erwerbsbeteiligung wie auch des Heiratsverhaltens von Frauen in Abhängigkeit von ihrem Ausbildungsniveau. Wir konzentrieren uns hierbei auf westdeutsche Frauen, weil es sich bei der hohen Kinderlosigkeit von Akademikerinnen um ein typisch westdeutsches Phänomen handelt, bei welchem - unseren Analysen zufolge - bislang keine Anpassung der Verhaltensmuster zwischen ost- und westdeutschen Frauen zu beobachten ist. Die Analysen basieren auf einer Ein-Prozent-Substichprobe der Volks- und Berufszählung 1970 sowie den 70-Prozent-Substichproben der Mikrozensus 1989 bis 2000. Der Vorteil dieser Daten ergibt sich aus dem sehr großen Stichprobenumfang. Im Schnitt umfassen die 70%-Substichproben des Mikrozensus jeweils circa. 500.000 Personen und ermöglichen damit eine stärkere Differenzierung der Bildungsgruppen als dies bei sozialwissenschaftlichen

Datenquellen typischerweise der Fall ist. Bei der Analyse von Kinderlosigkeit auf Basis des Mikrozensus ist allerdings auch zu berücksichtigen, dass diese Daten keine Informationen zu den von einer Frau insgesamt geborenen Kindern enthalten, sondern ausschließlich die zum jeweiligen Erhebungszeitpunkt im Haushalt lebenden Kinder erfasst werden. Deshalb konzentrieren sich die meisten Untersuchungen auf Frauen im Alter zwischen 35 und 39 Jahren. Weisen Frauen dieser Altersgruppe keine Kinder auf, gilt dies im Allgemeinen als ein guter Indikator für eine dauerhafte Kinderlosigkeit. Denn einerseits kann in dieser Altersgruppe der Fertilitätsprozess als weitgehend abgeschlossen angesehen werden, andererseits sind vorhandene Kinder in der Regel noch unter 18 Jahren und leben - wie aus anderen Untersuchungen bekannt ist - noch überwiegend im elterlichen Haushalt (Engstler 1998). Analog hierzu wird auch im vorliegenden Beitrag vereinfachend von ‚Kinderlosigkeit‘ gesprochen, obwohl der Indikator faktisch nur anzeigt, dass keine Kinder unter 18 Jahren im Haushalt leben.

Grafik 1: Kinderlosigkeit von Frauen im Durchschnitt und bei Hochschulabsolventinnen nach Alter der Frau, 1997, Westdeutschland



Datenbasis: Mikrozensus 1997 - eigene Berechnungen.

Verzögerung der Familienbildung oder geringere Geburtenneigung bei Akademikerinnen?

Wenngleich von der öffentlichen Meinung und der Politik kaum wahrgenommen, bilden die Familiengründungsprozesse von Frauen mit Hochschulabschluss schon seit geraumer Zeit einen Forschungsschwerpunkt in der Familiensoziologie (Diekmann/Weick 1993). Ein Diskussionspunkt ist hierbei vor allem die Frage, ob der Hochschulabschluss generell mit einer stark reduzierten Geburtenneigung einhergeht oder aufgrund der langen Ausbildungszeiten primär eine Verzögerung der Familiengründung bedingt. Betrachtet man zunächst die Kinderlosigkeit im Durchschnitt aller Bildungsgruppen, zeigt sich eine klare Struktur: Der überwiegende Anteil der unter 30-jährigen Frauen ist noch kinderlos, Anfang 30 geht die Kinderlosigkeit erheblich zurück und erreicht bei 35 bis 39-Jährigen einen Tiefpunkt (Grafik 1).

Ein abweichendes Muster findet sich hingegen bei Frauen mit Hochschulabschluss: Von den 35 bis 39-Jährigen waren 1997 etwa 43% kinderlos, bei den 40 bis 44-Jährigen dagegen nur 32%, entsprechend setzt die infolge von Auszugsprozessen wieder zunehmende Kinderlosigkeit erst ab Mitte 40 ein. Die bei den 40 bis 44-jährigen im Vergleich zu den 35 bis 39-jährigen Akademikerinnen um mehr als zehn Prozentpunkte geringere Kinderlosigkeit ist - wie später gezeigt wird - zum Teil dadurch bedingt, dass hier unterschiedliche Geburtsjahrgänge (1953-1957; 1958-1962) betrachtet werden. Unabhängig hiervon weist der bei den Hochschulabsolventinnen stark verzögerte Rückgang der Kinderlosigkeit zugleich auch auf eine im Lebenslauf späte Realisierung eines Kinderwunsches hin. Diese Verschiebung der Geburt in eine spätere Lebensphase zeigt sich gleichfalls, wenn man als

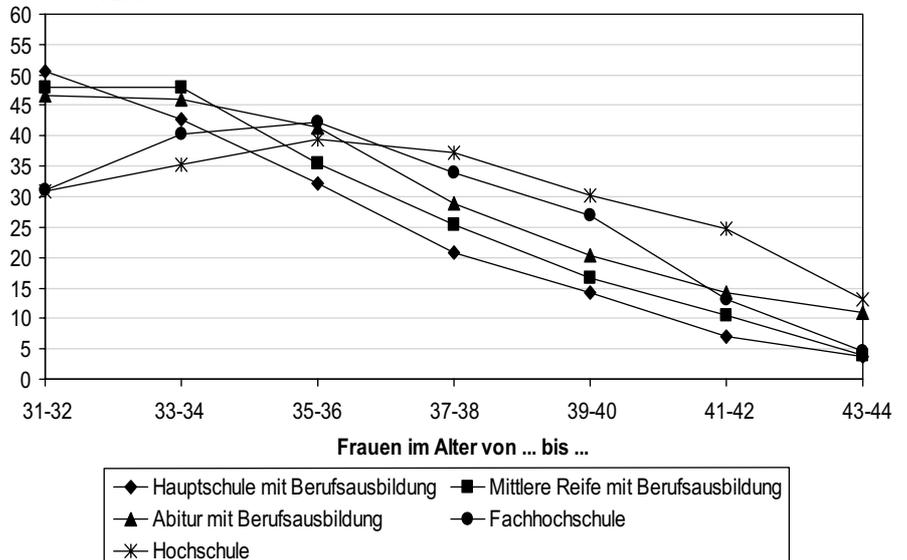
Indikator den Anteil der Frauen mit Kindern im Vorschulalter heranzieht (Grafik 2). Bei den gering und mittelqualifizierten Frauen ist bereits Anfang 30 ein rapider Rückgang des Anteils der Frauen mit Kindern, die jünger als 6 Jahre sind, erkennbar. Im Unterschied dazu ist bei den Hochschul- wie auch Fachhochschulabsolventinnen noch bis Mitte 30 ein steigender Anteil von Frauen mit Kindern im Vorschulalter zu beobachten. Besonders auffällig sind die Unterschiede bei den Anfang 40-Jährigen: In diesem Alter hat noch etwa ein Viertel der Hochschulabsolventinnen Kinder im Vorschulalter, bei den anderen Ausbildungsgruppen liegt dieser Anteil nur noch bei maximal 15%. Zurückkommend auf die Eingangsfrage lässt sich daher zunächst festhalten, dass ein Hochschulabschluss wie auch ein Fach-

hochschulabschluss bei Frauen zu einer im Vergleich mit mittleren und unteren Bildungsgruppen um etwa 5 Jahre späteren Familiengründung führt, wobei eine sogenannte ‚späte Mutterschaft‘ (35 Jahre und älter) durchaus nicht unüblich ist.

Hohe Kinderlosigkeit bei Akademikerinnen kein neuartiges Phänomen

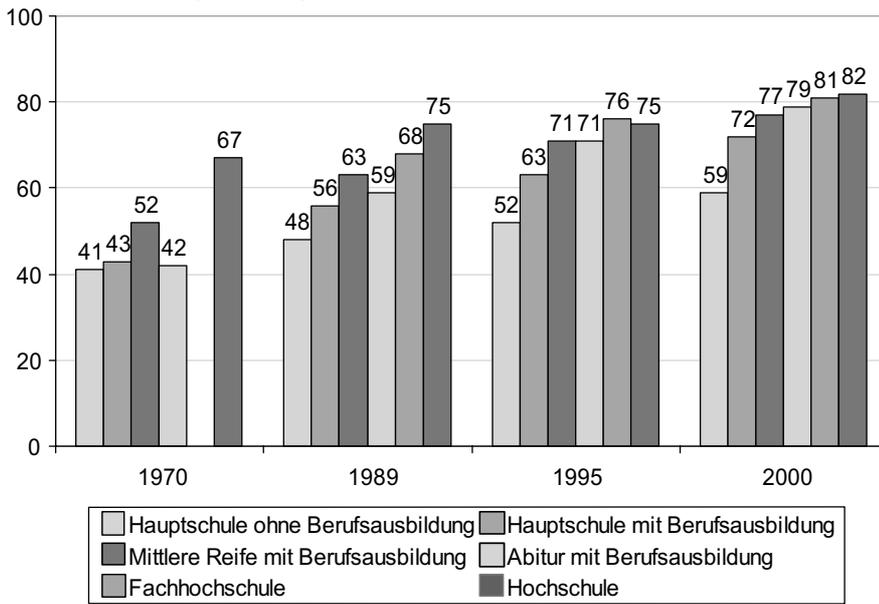
Der generelle Anstieg der Kinderlosigkeit wird gesellschaftspolitisch vor allem in Hinblick auf die Auswirkungen auf das Rentenversicherungssystem thematisiert. Wäre das Ausmaß der Geburtenvermeidung in allen Bildungsschichten gleichermaßen ausgeprägt, könnte man es dabei belassen. Eine mit dem Bildungsniveau der Frau zunehmende Kinderlosigkeit birgt jedoch zusätzliche Ungleichheitspotenziale, da die im Kontext der Kindererziehung entstehenden Zusatzkosten in diesem Fall vor allem von den sozial weniger privilegierten Gesellschaftsgruppen zu tragen sind, was langfristig eine Vergrößerung der sozialen Kluft zwischen unteren und oberen Schichten erwarten lässt. Diese Argumentation ist nicht neu, nur ist zu fragen, ob die in der Gegenwart zu beobachtende sozial selektive Geburtenneigung Ausdruck eines neuen Verhaltensmusters ist. Diese Frage stellt sich vor allem deshalb, weil sich das gängige Erklärungsmuster für die im Vergleich zu den mittleren und unteren Bildungsschichten deutlich höhere Kinderlosigkeit von Akademikerinnen auf ihre stärker ausgeprägte Berufsorientierung bezieht. Die Erwerbsbeteiligung von Frauen mit Hochschulabschluss war jedoch auch schon 1970 mit 67% überdurchschnittlich hoch. Eine zum damaligen Zeitpunkt ebenfalls eher hohe Erwerbsbeteiligung findet sich für Frauen mit mittlerem Bildungsniveau. In den unteren Bildungsgruppen, aber auch bei Abiturientinnen mit abgeschlossener Berufsausbildung waren hingegen deutlich weniger als die Hälfte der Frauen erwerbstätig (Grafik 3).

Grafik 2: Anteil Frauen mit Kindern jünger als 6 Jahre nach Ausbildungsniveau und Alter



Datenbasis: Mikrozensus 1997 - eigene Berechnungen.

Grafik 3: Anteil der erwerbstätigen Frauen im Alter von 35-39 Jahren nach Ausbildungsabschluss, 1970-2000, Westdeutschland



Datenbasis: Volkszählung 1970, Mikrozensus 1989, 1995, 2000 - eigene Berechnungen.

ist es erklärungsbedürftig, wenn die 40 bis 44-jährigen Akademikerinnen in erheblich geringerem Umfang kinderlos sind, als jene zwischen 35 und 39 Jahren. Bei einer solchen Erklärung ist zu berücksichtigen, dass sich diese Beobachtung auf einen bestimmten Zeitpunkt (1997) bezieht. Die verschiedenen Altersgruppen repräsentieren demgemäß unterschiedliche Geburtsjahrgänge, es lässt sich daher nicht einfach der Schluss ziehen, dass die damals 35 bis 39-Jährigen fünf Jahre später, d.h. bis Mitte 40, die Familiengründung in umfangreicher Weise nachgeholt haben werden. Vielmehr kann nicht ausgeschlossen werden, dass die jüngeren Jahrgänge eine Mutterschaft tatsächlich in einem erheblichen größeren Umfang vermeiden als die älteren Geburtskohorten. Für die Klärung dieser Frage wählen wir im Folgenden eine feinere Altersdifferenzierung und betrachten zugleich die entsprechenden Geburtsjahrgänge. Da die uns zur Verfügung stehenden Mikrozensusdaten nur den Zeitraum 1989 bis 2000 umfassen, sind hierbei allerdings gewisse Einschränkungen gegeben. Für die Jahrgänge 1951 bis 1956 können die Anfang 30 bis Mitte 30-Jährigen nicht vollständig abgebildet werden, bei den jungen Jahrgängen fehlen naturgemäß die höheren Altersgruppen (Tabelle 3).

Diese stark bildungsselektive Erwerbsbeteiligung findet eine Entsprechung im Anteil der jeweils kinderlosen Frauen in den einzelnen Bildungsschichten (Tabelle 1). Die mit Abstand höchste Kinderlosigkeit zeigt sich 1970 bei Frauen mit Hochschulabschluss. Hier ist Anfang der 1970er Jahre für weitaus mehr als ein Drittel eine lebenslange Kinderlosigkeit anzunehmen. Der enge Zusammenhang zwischen Qualifikation und Familiengründung bei Frauen ist demnach nicht primär auf eine Herausbildung neuer Verhaltensmuster zurückzuführen, sondern hat in Westdeutschland gewissermaßen Tradition. Dass dies erst in der Gegenwart zum Thema wird, beruht vermutlich darauf, dass Frauen mit Hochschulabschluss lange Zeit eine ausgesprochene Minderheit repräsentierten: 1970 hatten nur 2% der Frauen im Alter zwischen 35 und 39 Jahren einen Hochschulabschluss. Etwa drei Viertel und damit die große Masse der Frauen verfügte hingegen nur über einen Hauptschulabschluss (Tabelle 2). Das ‚untypische‘ Geburtsverhalten von Akademikerinnen war daher eine zum damaligen Zeitpunkt vernachlässigbare Größe. Zwar hat sich der Anteil der Frauen mit Hochschulausbildung im Verlaufe der letzten 30 Jahre zwar fast verfünffacht, faktisch stellen sie aber auch im Jahr 2000 mit weniger als 10% eine eher kleine Gruppe dar, deren gesellschaftspolitische Relevanz allerdings erheblich zugenommen hat.

Akademikerinnen realisieren Kinderwünsche spät, wenn überhaupt

Eingangs wurde auf die erhebliche Diskrepanz im Ausmaß der Kinderlosigkeit bei Akademikerinnen hingewiesen, die sich ergibt, je nachdem ob Frauen im Alter zwischen 35 und 39 oder zwischen 40 und 44 Jahren betrachtet werden. Nun ist bei den 40 bis 44-Jährigen nicht nur von bereits relativ festgelegten Le-

benskonzepten auszugehen, sondern die Realisierung eines Kinderwunsches stößt auch zunehmend auf biologische Grenzen. Deshalb

Tabelle 1: Anteil der kinderlosen Frauen nach Alter und Ausbildungsniveau zum Zeitpunkt 1970, Westdeutschland

Ausbildungsabschluss:	Anteil kinderloser Frauen 1970 im Alter von ... bis ...		
	30 bis 34	35 bis 39	40 bis 44
<i>Hauptschule:</i>			
ohne Berufsausbildung	15	16	28
mit Berufsausbildung	18	17	33
<i>Mittlere Reife:</i>			
mit Berufsausbildung	29	27	38
<i>Abitur:</i>			
mit Berufsausbildung	36	25	34
<i>Hochschule</i>	43	37	46

Datenbasis: Volkszählung 1970; Deutsche Frauen in Privathaushalten.

Tabelle 2: Die Bildungsverteilung der 35 bis 39-jährigen Frauen im Zeitverlauf, Westdeutschland

Ausbildungsabschluss:	Frauen im Alter zwischen 35 und 39 Jahren zum Zeitpunkt:					
	Spaltenprozent*					
	1970	1976	1982	1989	1995	2000
<i>Hauptschule:</i>						
ohne Berufsausbildung	57	38	22	17	12	10
mit Berufsausbildung	23	35	41	42	32	25
<i>Mittlere Reife:</i>						
ohne Berufsausbildung	3	5	4	3	3	4
mit Berufsausbildung	13	15	19	22	31	34
<i>Abitur:</i>						
ohne Berufsausbildung	1	1	1	1	1	2
mit Berufsausbildung	1	2	3	4	8	13
<i>Fachhochschule</i>	0	1	2	3	4	5
<i>Hochschule</i>	2	4	7	9	9	8

* Bedingt durch Rundungsfehler addieren sich die Spalten nicht immer auf 100%

Datenbasis: Volkszählung 1970; Mikrozensus 1976, 1982, 1989, 1995, 2000; Deutsche Frauen in Privathaushalten.

Tabelle 3: Kinderlosigkeit der Frauen mit Hochschul- und Fachhochschulabschluss der Geburtsjahrgänge 1951 bis 1968, Westdeutschland

im Alter	Anteil der Frauen ohne Kinder des Geburtsjahrgangs ... bis								
von:	1951-1952	1953-1954	1955-1956	1957-1958	1959-1960	1961-1962	1963-1964	1965-1966	1967-1968
<i>Hochschulabschluss</i>									
31-32				54	52	60	61	66	69
33-34			37	47	47	52	54	54	
35-36		36	33	44	43	49	45		
37-38	28	28	34	35	41	46			
39-40	31	29	28	34	31				
41-42	30	31	29	34					
43-44	32	35	30						
<i>Fachhochschulabschluss</i>									
31-32				53	49	54	54	66	64
33-34			45	35	44	50	47	51	
35-36		32	34	36	38	40	45		
37-38	33	30	28	38	37	38			
39-40	30	33	29	31	36				
41-42	35	31	35	37					
43-44	35	40	41						
<i>Abitur mit abgeschlossener Berufsausbildung</i>									
31-32				39	41	49	47	48	53
33-34			35	29	36	41	41	43	
35-36		32	39	25	37	36	33		
37-38	35	25	31	29	33	31			
39-40	33	35	28	29	29				
41-42	28	33	36	30					
43-44	34	34	34						
<i>Mittlere Reife mit abgeschlossener Berufsausbildung</i>									
31-32				33	34	35	36	40	43
33-34			27	26	25	29	30	34	
35-36		25	26	26	24	25	26		
37-38	27	25	24	25	24	24			
39-40	28	27	28	26	25				
41-42	31	35	30	29					
43-44	40	40	36						
<i>Hauptschule mit abgeschlossener Berufsausbildung</i>									
31-32				26	23	27	28	31	30
33-34			22	21	22	23	25	25	
35-36		20	19	20	22	22	24		
37-38	22	23	21	21	20	22			
39-40	28	27	26	26	23				
41-42	37	35	35	33					
43-44	47	46	42						

Lesebeispiele: 1. Alterseffekt: Von den 1953-54 geborenen Frauen mit Hochschulabschluss waren im Alter von 37-38 Jahren 28%, im Alter zwischen 39-40 Jahren 29% kinderlos. 2. Kohorteneffekt: Von den Frauen mit Hochschulabschluss waren im Alter zwischen 39-40 Jahren in der Geburtskohorte 1951-52 31%, in der Geburtskohorte 1953-54 29% ohne Kinder.

Datenbasis: Mikrozensus 1989, 1991, 1993, 1995, 1997, 1999; Deutsche Frauen in Privathaushalten.

Vergleicht man die altersspezifische Kinderlosigkeit der Frauen mit Hochschulabschluss für verschiedene Geburtsjahrgänge, so zeigt sich, dass der Anteil der kinderlosen Frauen bei den 37-Jährigen und Älteren nochmals deutlich abnimmt. So waren von den 1953/54 geborenen Frauen mit Hochschulabschluss Mitte 30 etwa 36% kinderlos, im Alter von 39 bis 40 Jahren waren es hingegen nur noch 29%. Bei den 1957/58 Geborenen liegen die entsprechenden Anteile bei 44% (35 bis 36-Jährige) und 34% (39 bis 40-Jährige). Mithin scheint es bei Akademikerinnen Ende 30 zu durchaus nennenswerten Nachholprozessen bei der Familiengründung zu kommen. Dieser Alterseffekt wird nicht berücksichtigt, wenn sich die Betrachtung nur auf die 35 bis 39-jährigen

Frauen konzentriert und führt aufgrund der noch sehr hohen Kinderlosigkeit bei den 35 bis 36-Jährigen in der Tendenz zu einer Überschätzung der lebenslang kinderlos bleibenden Akademikerinnen.

Zugleich ist jedoch auch ein Kohorteneffekt zu beobachten, das heißt ein Anstieg der Kinderlosigkeit über die Jahrgänge hinweg. Denn während bei den Anfang bis Mitte 1950 geborenen Frauen im Schnitt für etwa 29% eine dauerhafte Kinderlosigkeit anzunehmen ist, liegt dieser Anteil bei den 1957/58 Geborenen bereits bei 34%. Für die 1961/62 Geborenen deutet sich ein weiterer Anstieg an, da hier im Alter zwischen 37 und 38 noch nahezu die Hälfte der Frauen keine Kinder hatte. Ein vom

Niveau und von der Tendenz ähnliches Muster zeigt sich für Frauen mit Fachhochschulabschluss: Bis zur Kohorte 1957/58 liegt die Kinderlosigkeit bei etwa 30%, um dann bei den Ende der 1950er Jahre Geborenen auf circa 36% anzusteigen.

Relative Konstanz im Ausmaß der Kinderlosigkeit bei Frauen mit mittlerem und niedrigem Ausbildungsniveau

Für eine Reihe von Lebensbereichen lässt sich feststellen, dass von den oberen Bildungsschichten ein verhaltensprägender Einfluss ausgeht, d. h. manche ihrer Verhaltensmuster von anderen sozialen Gruppen mittel- oder langfristig übernommen werden. Ein Beispiel

Tabelle 4: Anteil der ledigen Frauen nach Geburtsjahrgang und Alter sowie Ausbildungsniveau, Westdeutschland.

im Alter	Anteil der ledigen Frauen des Geburtsjahrgangs ... bis									
	von:	1951-1952	1953-1954	1955-1956	1957-1958	1959-1960	1961-1962	1963-1964	1965-1966	1967-1968
<i>Hochschulabschluss</i>										
31-32					35	34	41	45	50	50
33-34			24		30	30	36	38	37	
35-36		20	22		31	30	34	33		
37-38	15	18	23		26	28	34			
39-40	16	16	16		25	19				
41-42	15	18	17		22					
43-44	18	15	16							
<i>Fachhochschulabschluss</i>										
31-32					38	26	35	41	48	49
33-34			31		26	30	37	34	43	
35-36		19	19		25	26	29	35		
37-38	15	21	20		22	32	30			
39-40	15	17	18		21	28				
41-42	17	15	15		20					
43-44	16	17	17							
<i>Abitur mit abgeschlossener Berufsausbildung</i>										
31-32					22	25	34	34	33	37
33-34			25		17	22	26	28	29	
35-36		18	26		20	24	24	25		
37-38	17	12	17		17	21	21			
39-40	15	18	18		14	16				
41-42	6	13	18		15					
43-44	8	12	13							
<i>Mittlere Reife mit abgeschlossener Berufsausbildung</i>										
31-32					18	18	23	22	26	28
33-34			15		15	16	19	20	22	
35-36		12	13		13	14	16	17		
37-38	10	10	10		14	14	15			
39-40	10	11	11		12	11				
41-42	8	12	9		10					
43-44	10	12	9							
<i>Hauptschule mit abgeschlossener Berufsausbildung</i>										
31-32					13	14	17	18	23	21
33-34			10		10	12	14	15	17	
35-36		7	9		9	11	13	14		
37-38	6	8	9		9	9	11			
39-40	5	7	7		8	10				
41-42	5	5	8		9					
43-44	5	5	8							

Lesebeispiele: 1. Alterseffekt: Von den 1953-54 geborenen Frauen mit Hochschulabschluss waren im Alter von 37-38 Jahren 18%, im Alter von 39-40 Jahren 16% kinderlos. 2. Kohorteneffekt: Von den Frauen mit Hochschulabschluss waren im Alter zwischen 39-40 Jahren in der Geburtskohorte 1951-52 16%, in der Geburtskohorte 1957-58 25% ledig.

Datenbasis: Mikrozensus 1989, 1991, 1993, 1995, 1997, 1999; Deutsche Frauen in Privathaushalten.

hierfür ist die Erwerbstätigkeit von Frauen: Das dominierende Muster über die letzten 3 Jahrzehnte ist nicht in dem weiteren Anstieg bei den Hochqualifizierten zu sehen, sondern in dem sukzessiven Aufholprozess der anderen Bildungsschichten. Der 1970 noch stark ausgeprägte Vorsprung der Akademikerinnen in der Erwerbsbeteiligung ist bis zum Jahr 2000 fast vollständig verschwunden (Grafik 3). Man könnte erwarten, dass diese Angleichung der Erwerbsbeteiligung eine Entsprechung in den Familiengründungsprozessen findet. Überraschenderweise ist eine solche Tendenz bislang nicht zu erkennen. In der Gruppe der Abiturientinnen mit abgeschlossener Berufsausbildung werden - bei Schwankungen - etwa 30% der in den 1950er Jahren gebore-

nen Frauen dauerhaft kinderlos bleiben. Auch die nach 1960 Geborenen scheinen sich auf diesem Niveau einzupendeln. Ähnliches trifft für die Frauen mit Hauptschulabschluss zu, bei welchen für etwa ein Fünftel eine lebenslange Kinderlosigkeit anzunehmen ist. Dazwischen sind die Frauen mit mittlerer Reife und abgeschlossener Berufsausbildung angesiedelt, von denen ein Viertel der jeweiligen Geburtsjahrgänge kinderlos bleibt (Tabelle 3).

Hochqualifizierte Frauen bleiben häufiger ledig

Wie lässt sich die zunehmende Kinderlosigkeit der Frauen mit Hochschul- oder Fachhochschulabschluss, die mit den Geburtsjahr-

gängen 1957/58 einsetzt, erklären? In diesem Kontext ist zu berücksichtigen, dass ungeachtet der im Zeitverlauf zunehmenden Zahl von ledigen Müttern, die Realisierung eines Kinderwunsches in Deutschland auch in der Gegenwart mehrheitlich an eine Eheschließung gekoppelt ist, beziehungsweise umgekehrt eine Eheschließung in der Regel auch mit einer Familiengründung einhergeht. So haben von den im Jahr 2000 35 bis 39-jährigen verheirateten (inklusive verwitweter und geschiedener) Hochschulabsolventinnen 79% Kinder.¹ In der Gruppe der Ledigen liegt der entsprechende Anteil hingegen nur bei 13%. Betrachtet man vor diesem Hintergrund die Ledigenquoten von Frauen differenziert nach Geburtsjahrgang, Alter und Ausbildungsniveau

(Tabelle 4), sind starke Parallelen zum Umfang der Kinderlosigkeit erkennbar: Mit der Höhe des Ausbildungsabschlusses nimmt der Anteil der ledigen Frauen zu. Die Gruppen mit den höchsten Anteilen an Ledigen, d.h. Frauen mit Hochschulabschluss, Fachhochschulabschluss sowie Abitur, weisen auch die höchste Kinderlosigkeit auf. Frauen mit Hochschulabschluss haben nicht nur die niedrigsten Ledigenquoten, sondern auch die geringsten Kinderlosenquoten. Konzentriert man sich auf die Hochschulabsolventinnen, scheint die oben dargestellte Zunahme der Kinderlosigkeit zwischen den Jahrgängen 1955/56 und 1957/58 in einem engen Zusammenhang mit den zunehmenden Ledigenquoten der jüngeren Geburtskohorten zu stehen. Von den Anfang bis Mitte der 1950er Jahre Geborenen waren im Alter zwischen 39 und 40 etwa 16% der Frauen ledig, im gleichen Alter waren es bei den 1957/58 Geborenen hingegen bereits ein Viertel. Ähnliche Strukturen sind auch für die Frauen mit Fachhochschulabschluss erkennbar. Vice versa sind die Ledigenquoten in den anderen Bildungsgruppen unter Berücksichtigung des ansteigenden Heiratsalters über die Geburtskohorten hinweg sehr konstant, was sich mit dem obigen Befund eines gleichfalls relativ konstanten Anteils an kinderlosen Frauen in diesen Gruppen deckt.

Als Resümee lässt sich festhalten, dass die Entscheidung für oder gegen Kinder in einem engen Zusammenhang mit dem Ausbildungsniveau der Frau steht. Allerdings wurde auch gezeigt, dass das Ausmaß der Kinderlosigkeit in den höchsten Bildungsschichten überschätzt wird, wenn die in diesen Gruppen doch stark vorhandene Tendenz zur späten Mutterschaft nicht berücksichtigt wird. Weiterhin wurde deutlich, dass der in den jüngeren Geburtskohorten zu beobachtende Anstieg der dauerhaft Kinderlosen bislang auf Frauen mit Hochschul- und Fachhochschulabschluss beschränkt ist und in einem engen Zusammenhang mit der rückläufigen Heiratsneigung steht. Über die Ursachen dieser Entwicklung kann - ohne weitergehende Analysen - an dieser Stelle nur spekuliert werden. Das sich unmittelbar anbietende Erklärungsmuster, nach welchem hochqualifizierte Frauen in Hinblick auf materielle Versorgungsaspekte kaum auf eine Ehe angewiesen sind, greift zu kurz, weil dies auch für die älteren Geburtskohorten zutrifft. Vielmehr ist zu bedenken, dass die Ausbildungsphase der in den späten 1950er Jahren geborenen Frauen etwa Mitte der 1980er Jahre abgeschlossen war und damit in eine Zeit fällt, in welcher nicht-eheliche Partnerschaften als eine gesellschaftlich akzeptierte Alternative zur Ehe zunehmend an Bedeutung gewonnen haben. Zu berücksichtigen ist vor allem auch, dass nicht die rückläufige Heiratsneigung die zunehmende Kinderlosigkeit verursacht, sondern eher umgekehrt ein sinkender Kinderwunsch die Ursache für sinkende Heiratsraten ist. Insgesamt deutet diese Entwicklung darauf hin, dass junge, hochqualifizierte Frauen weniger als die älteren Geburtskohorten und deutlich weniger als Frauen mit

einer niedrigeren Qualifikation gewillt sind, die in Hinblick auf die Koordination von Erwerbs- und Familienarbeit nach wie vor unzulänglichen Rahmenbedingungen zu akzeptieren. Darüber hinaus erwarten sie sicherlich auch ein stärkeres Engagement der potenziellen Väter bei der Familienarbeit.

Diekmann, Andreas, Weick, Stefan, 1993: Der Familienzyklus als sozialer Prozess. Duncker & Humblot, Berlin.

Engstler, Heribert, 1998: Die Familie im Spiegel der amtlichen Statistik. Herausgegeben vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Bonn.

Huinink, Johannes, 2002: Polarisierung der Familienentwicklung in europäischen Ländern im Vergleich. Zeitschrift für Familienforschung Sonderheft 2: 49-74.

1 Hier nicht dokumentierte Analysen zeigen, dass die Kinderlosigkeit bei verheirateten Hochschulabsolventinnen in den letzten drei Jahrzehnten relativ konstant bei etwa einem Fünftel liegt.

■ **Heike Wirth und Kerstin Dümmler, ZUMA**
Tel.: 0621/1246-269
wirth@zuma-mannheim.de

Geringes Vertrauen in wirtschaftlich schwachen Ländern

Indikatoren zu den Lebensverhältnissen in der erweiterten Europäischen Union

Die Verbesserung der Lebensbedingungen in Europa und die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in den Mitgliedsländern gehören zu den Hauptzielen der europäischen Vereinigung. Bekanntlich gibt es zwischen den EU-15-Ländern noch immer erhebliche Wohlstandsunterschiede (vgl. ISI 27), und mit der Erweiterung der EU ist man von gleichwertigen Lebensverhältnissen noch weiter entfernt als zuvor. Der vorliegende Beitrag zeigt, dass dies nicht nur materielle Aspekte der Lebenssituation betrifft, sondern beispielsweise auch Fragen der Qualität gesellschaftlicher Institutionen, des sozialen Zusammenhalts und des subjektiven Wohlbefindens der Bevölkerung. Datenbasis ist der 2002/3 durchgeführte European Social Survey und die Europäischen Wertestudie von 1999/2000.^{1,2}

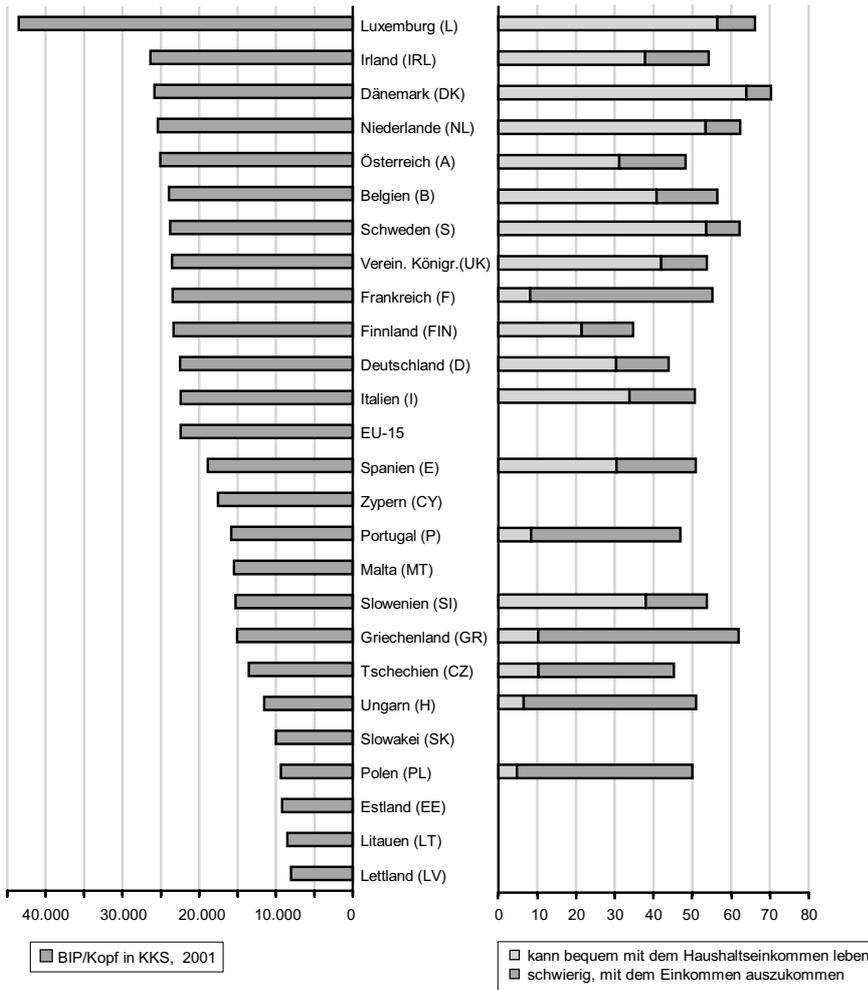
Die starken Wohlstandsunterschiede in Europa werden zum einen durch das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf dokumentiert, zum anderen spiegeln sie sich auch in subjektiven Indikatoren wider. Unter den EU-15-Ländern weisen Griechenland und Portugal im Jahr 2001 das mit Abstand niedrigste Pro-Kopf-Einkommen auf (Grafik 1). Diese beiden Länder bleiben zudem hinter einem der kürzlich der EU beigetretenen Länder, nämlich Zypern, zurück. Von den neuen EU-Ländern sind außerdem Malta und Slowenien in einer vergleichsweise günstigen Situation. Gemessen am Wert des BIP pro Kopf erreicht der Wohlstand in diesen beiden Ländern fast das Niveau von Portugal und übertrifft das Niveau in Griechenland. Alle anderen neu beigetretenen Länder fallen demgegenüber deutlich ab, wobei Lettland das Schlusslicht bildet. Das enorme Wohlstandsgefälle in der erweiterten EU wird nur allzu deutlich, wenn man sich die folgenden Ergebnisse vor Augen hält: In fünf der zehn neuen Mitgliedsländer - Lettland, Litauen, Estland, Polen und der Slowakei - erreicht das BIP pro Kopf nicht einmal die Hälfte des Durchschnitts der EU-15-Länder. Das wohlhabendste Land der EU, Luxemburg, hat ein mehr als fünfmal so hohes BIP pro Kopf wie Lettland und Litauen. Irland, Dänemark,

die Niederlande und Österreich sind weitere Länder mit einer vergleichsweise guten wirtschaftlichen Situation.

Jeder zweite Grieche betrachtet es als schwierig, mit seinem Einkommen auszukommen

Die subjektiven Einschätzungen der Bevölkerung, wie gut sie mit ihrem Einkommen leben können, bestätigen die objektiven Befunde im wesentlichen. Jeweils die Mehrheit der Bevölkerung in Dänemark, Luxemburg, Schweden und den Niederlanden meint, dass sie bequem mit ihrem Einkommen leben können. In Polen, Ungarn, Tschechien, Portugal und Griechenland beurteilen nur zwischen 5% und 10% der Bevölkerung ihre finanzielle Situation so günstig. In diesen Ländern bekunden dagegen zwischen 35% (Tschechien) und 52% (Griechenland) der Bevölkerung, dass es für sie schwierig oder sehr schwierig sei, mit ihrem Einkommen auszukommen. Aber auch in Frankreich, einem Land mit einem im EU-Vergleich überdurchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen, hält es fast die Hälfte der Bürger für schwierig, mit ihrem Einkommen ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Slowenien ist das einzige der in die Befragung einbezogenen

Grafik 1: Wohlstandsunterschiede in der Europäischen Union



Datenbasis: Eurostat, Langfristige Indikatoren (online); European Social Survey 2002/3.

Beitrittsländer, in dem die Bevölkerung ihre finanzielle Lage vergleichsweise positiv bewertet.

Große Unterschiede sowohl zwischen den alten als auch zwischen den neuen Mitgliedsländern der EU gibt es auch im Hinblick auf die Arbeitsmarktlage. Von den EU-15-Ländern wiesen im Jahr 2003 Spanien mit 11,3% die höchste und Deutschland mit 9,7% die zweithöchste Arbeitslosenquote auf, während in Luxemburg sowie in den Niederlanden mit 3,7% bzw. 3,8% die niedrigsten Werte zu verzeichnen waren (Tabelle 1). In den neuen Mitgliedsstaaten der EU ist die Arbeitsmarktlage zum Teil noch schlechter als in Spanien. So sind 19,2% der Polen, 17,1% der Slowaken und 12,7% der Litauer arbeitslos, und auch in Lettland und Estland liegt die Arbeitslosigkeit über dem Durchschnitt der Alt-Mitglieder. Vergleichsweise günstig ist die Situation dagegen in Zypern, Ungarn und Slowenien mit einer niedrigeren Arbeitslosigkeit als in vielen älteren Mitgliedsstaaten der EU.

In Spanien und Polen sind mehr als ein Viertel der Arbeitsverhältnisse befristet

Ein erhöhtes Arbeitslosigkeitsrisiko tragen Arbeitnehmer, deren Arbeitsvertrag befristet

ist, und dies trifft für mehr als ein Viertel der Arbeitnehmer in Spanien und in Polen zu. Doch auch in anderen Ländern, wie z.B. Irland, Portugal, Ungarn, Tschechien und Slowenien, hat ein nicht geringer Anteil der Arbeitnehmer eine Arbeitsstelle von begrenzter Dauer, und dies geht mit einer vergleichsweise geringen Arbeitslosenquote einher. Dies zeigt, dass die Befristung von Arbeitsverhältnissen auch ein Instrument zur zumindest kurzfristigen Schaffung von Arbeitsplätzen sein kann. In Übereinstimmung damit steht der Befund, dass Arbeitnehmer, die in den letzten 5 Jahren von Arbeitslosigkeit betroffen waren, in allen Ländern zu einem wesentlich höheren Anteil in einem befristeten Arbeitsverhältnis stehen als Arbeitnehmer, die zuvor nicht arbeitslos waren.

Ein Schlaglicht auf die Situation am Arbeitsmarkt werfen auch die wahrgenommenen Chancen eine neue, gleichwertige Stelle zu finden. Hier findet man in Polen - übereinstimmend mit der objektiven Situation - die mit Abstand pessimistischste Einschätzung vor. Darüber hinaus würde sich die Stellenfindung in der Einschätzung der Arbeitnehmer insbesondere in Griechenland, in Portugal, aber auch in Deutschland als sehr schwierig gestalten. Dagegen werden in den skandinavischen

Ländern, im Vereinigten Königreich, in Irland und in den Niederlanden die persönlichen Arbeitsmarktchancen vergleichsweise positiv beurteilt.

Arbeitszufriedenheit in Polen am geringsten und in Malta am höchsten

Zur Beurteilung der Situation der Erwerbstätigen in den verschiedenen europäischen Ländern sind neben Fragen der Sicherheit des Arbeitsplatzes und der Chancen auf dem Arbeitsmarkt auch andere Merkmale zu berücksichtigen. Ein zusammenfassendes Maß dafür, wie die Arbeitssituation insgesamt beurteilt wird, ist die allgemeine Arbeitszufriedenheit. Auch hier ergeben sich für die polnischen Erwerbstätigen die schlechtesten Werte, und in der Slowakei, in Ungarn und in den Staaten des Baltikums sind die Erwerbstätigen ebenfalls erheblich unzufriedener als in fast allen übrigen EU-Ländern. Unter den neuen Mitgliedsländern befindet sich mit Polen nicht nur das Land mit der geringsten, sondern mit Malta auch das Land mit der höchsten Arbeitszufriedenheit aller Erwerbstätigen der EU. Unter den alten Mitgliedsländern weisen die Dänen die mit Abstand höchste Arbeitszufriedenheit auf, während in Griechenland eine ähnlich niedrige Zufriedenheit wie in den meisten neuen Mitgliedsländern herrscht.

Die Lebensverhältnisse in Europa stellen sich auch in Bezug auf die Qualität gesellschaftlicher Institutionen in den Bereichen der Gesundheitsversorgung, der sozialen Sicherung, dem Bildungswesen und der öffentlichen Sicherheit disparat dar. Gemessen am Vertrauen der Bürger in diese Institutionen, konzentrieren sich Defizite auf wenige Länder (Tabelle 2).

In Griechenland geringstes Vertrauen der Bürger in die gesellschaftlichen Institutionen

Was das Gesundheitswesen betrifft, so sind es von den EU-15-Ländern insbesondere die Bürger Griechenlands, Italiens und Portugals, die sich vergleichsweise negativ äußern. In keinem Land der EU haben so wenige Bürger Vertrauen in ihr Gesundheitswesen wie in Griechenland. Auch die neuen EU-Bürger bewerten die Gesundheitsversorgung ihres Landes zu großen Teilen ziemlich ungünstig; in Litauen, Tschechien und Ungarn bringt eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung dem Gesundheitswesen ein nur geringes Vertrauen entgegen. Demgegenüber herrscht in Österreich, Belgien, Finnland und Malta eine positive Einschätzung vor. Hier haben jeweils mehr als vier Fünftel der Bürger sehr viel oder viel Vertrauen in das Gesundheitswesen. Deutschland liegt mit etwas mehr als der Hälfte der Bürger, die hohes Vertrauen äußern, im europäischen Vergleich auf einer Position im unteren Mittelfeld.

Die Griechen bringen nicht nur dem Gesundheitswesen, sondern auch zahlreichen anderen gesellschaftlichen Institutionen ihres Landes

Tabelle 1: Indikatoren des Arbeitsmarktes und Arbeitszufriedenheit

	Arbeitslosen- quote, 2003 (1)	Befristeter Arbeitsvertrag (2)	Schwierigkeit d. Stellenfindung (2)	Arbeits- zufriedenheit (3)
	%	%	Mittelwert ^a	Mittelwert ^b
EU-15	8,0			
A	4,4	10	3,8	7,7
B	8,1	11	4,5	7,6
D	9,7	11	2,9	7,7
DK	5,6	14	5,0	8,1
E	11,3	28	4,0	7,3
F	9,4	18	4,2	7,1
FIN	9,0	17	4,8	7,7
GR	9,3	20	2,7	6,9
I	8,6	11	4,2	7,3
IRL	4,6	19	5,1	7,8
L	3,7	9	3,3	7,6
NL	3,8	15	5,4	7,5
P	6,4	18	2,9	7,6
S	5,6	13	5,5	7,3
UK	5,0	14	5,5	7,3
CY	4,4			
CZ	7,8	19	3,3	7,3
EE	10,1			6,7
H	5,8	20 ^c	3,0	6,8
LV	10,5			6,7
LT	12,7			6,9
MT	8,2			8,4
PL	19,2	27	2,3	6,6
SK	17,1			6,7
SI	6,5	17	3,4	7,2

a) Mittelwert auf einer Skala von 0 (äußerst schwierig) bis 10 (äußerst leicht), b) Mittelwert auf einer Skala von 1 (unzufrieden) bis 10 (zufrieden), c) Befristet oder ohne Vertrag.

Datenbasis: (1) Eurostat, Structural Indicators (online); (2) European Social Survey 2002/3; (3) Europäische Wertestudie 1999/2000.

Folgt man den Einschätzungen der Bürger, dann gehört Griechenland nicht nur im Hinblick auf die Gesundheitsversorgung, die soziale Sicherung und das Bildungswesen, sondern auch im Hinblick auf die öffentliche Sicherheit zu den Schlusslichtern Europas. Nicht einmal 30% der Griechen haben Vertrauen in die Polizei ihres Landes, gegenüber mehr als 90% der Dänen und der Finnen und rd. drei Vierteln der Schweden, der Österreicher und der Deutschen. Auch in den Beitrittsländern ist das Vertrauen in die Polizei vergleichsweise gering, insbesondere in den Staaten des Baltikums und in Tschechien.

Starker sozialer Zusammenhalt in den skandinavischen Ländern

Die Lebensqualität in einer Gesellschaft bemisst sich nicht nur am Lebensstandard, den Merkmalen der Arbeitswelt und der Qualität gesellschaftlicher Institutionen, sondern auch an ihrem sozialen Zusammenhalt wie er in der Pflege sozialer Kontakte, der Zugehörigkeit zu Vereinen und Organisationen sowie Vertrauen und Hilfsbereitschaft gegenüber anderen Menschen zum Ausdruck kommt. Wie Tabelle 3 zeigt, bestehen hier ebenfalls erhebliche Unterschiede zwischen den europäischen Gesellschaften. Dabei lassen sich recht eindeutig sowohl Gesellschaften identifizieren, die sich durch eine ausgesprochen positive Situation auszeichnen, als auch Gesellschaften, in denen sich relative Schwächen häufen. Zu den Ersteren gehören insbesondere die skandinavischen Länder und - in geringerem Maße

wenig Vertrauen entgegen, und so erweist sich auch das Vertrauen in die soziale Sicherung als das mit Abstand geringste in Europa. Weniger als ein Fünftel der Griechen haben Vertrauen in ihr soziales Sicherungssystem, während es in Luxemburg, dem Land mit dem höchsten Ausmaß an Vertrauen, nahezu vier Fünftel und in Malta mehr als drei Viertel sind. In den meisten Beitrittsländern, aber auch in Italien, dem Vereinigten Königreich und in Deutschland wird häufiger Misstrauen als Vertrauen in die Soziale Sicherung geäußert. Das im europäischen Vergleich geringe Institutionenvertrauen der Griechen zeigt sich überdies im Hinblick auf das Bildungssystem. Im Jahr 1999/2000 äußerten nicht einmal 30% der Griechen, aber fast 90% der Finnen großes Vertrauen in ihr Bildungssystem. Deutschland nimmt mit einem Anteil von fast drei Viertel der Bürger, die Vertrauen in ihr Bildungssystem haben, eine im europäischen Vergleich günstige Position ein. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass der Zeitpunkt der Befragung vor der Veröffentlichung der Ergebnisse der PISA-Studie lag. Ein anderer Indikator, die drei Jahre später im Rahmen des European Social Survey erhobene Bewertung des Bildungssystems anhand einer Skala von sehr schlecht bis sehr gut, weist Deutschland im Urteil der Bürger die dritt schlechteste Position in Europa zu.

Tabelle 2: Vertrauen in gesellschaftliche Institutionen

	Vertrauen ^a in ...			
	Gesund- heitswesen	soziale Sicherung	Bildungs- system	Polizei
	in %			
A	86	67	86	76
B	83	69	80	56
D	53	44	73	74
DK	70	67	75	91
E		63	68	55
F	77	67	69	66
FIN	84	71	89	90
GR	26	19	29	28
I	37	34	53	67
IRL	57	56	86	84
L	78	79	68	72
NL	76	66	73	64
P	44	51	60	66
S	76	51	68	76
UK	60	38	68	69
CZ	43	34	55	33
EE	62	51	74	34
H	44	42	64	45
LV	67	57	74	40
LT	37	32	67	26
MT	86	76	84	67
PL	57	39	81	55
SK	51	37	76	45
SI	68	47	80	50

a) Sehr viel oder ziemlich viel Vertrauen. Datenbasis: Europäische Wertestudie 1999/2000.

- auch Irland. Zu den Letzteren gehören Griechenland, Portugal und einige der neuen Mitgliedsstaaten der EU.

Intensive soziale Kontakte in Form von mindestens wöchentlichen Treffen mit Freunden, Verwandten oder Kollegen pflegen fast vier Fünftel der Dänen und drei Viertel der Iren gegenüber nur etwa zwei Fünftel der Ungarn und der Griechen. Darüber hinaus bringt man in keinem Land der EU anderen Menschen so viel Vertrauen entgegen wie in den skandinavischen Ländern. Dies betrifft sowohl direkte Einschätzungen des Vertrauens in andere als auch Fragen danach, inwieweit man an die Fairness und Hilfsbereitschaft anderer glaubt. Auf relativ großes Misstrauen stößt man hingegen in Griechenland, Polen, Tschechien, Ungarn und Slowenien, aber auch in Portugal und Italien.

Die Bürger Skandinaviens haben sich außerdem zu großen Anteilen in Organisationen und Vereinigungen zusammengeschlossen und werden in der Häufigkeit der Mitgliedschaft zum Teil nur von den Holländern übertroffen. Eine überdurchschnittlich häufige Zugehörigkeit kann im Hinblick auf alle Arten von Organisationen festgestellt werden: Gewerkschaften und berufliche Verbände ebenso wie Organisationen mit Freizeitcharakter, karitative Vereinigungen, Parteien, Bürgerinitiativen und politische Bewegungen. Geringe Organisationsquoten findet man hingegen in den meisten neu beigetretenen EU-Ländern, in Portugal, Spanien und dem Vereinigten Königreich. In Deutschland ist die Hälfte der Bürger Mitglied eines Vereins oder einer Organisation. Dabei engagieren sie sich im europäischen Vergleich aber selten in karitativen Einrichtungen. Dem entspricht eine geringe Bereitschaft, sich aktiv für Alte, Kranke und Behinderte einzusetzen. Nur etwa die Hälfte der Deutschen wäre bereit, etwas zu tun, um die Lebensbedingungen für ältere Menschen oder für Kranke und Behinderte in ihrem Land zu verbessern. Die Hilfsbereitschaft in Deutschland stellt die geringste unter den alten Mitgliedsländern der EU dar und wird in der erweiterten Union nur noch von Estland und Litauen unterboten. Den Kontrast dazu bildet erneut Schweden, wo sich mehr als 85 Prozent der Bürger für hilfebedürftige Bevölkerungsgruppen engagieren würden.

In den meisten neuen Mitgliedsländern, in Portugal und in Griechenland vergleichsweise geringes subjektives Wohlbefinden

Die Unterschiedlichkeit der Lebensverhältnisse in Europa spiegelt sich auch in Maßen des globalen subjektiven Wohlbefindens wider, wie z.B. in Äußerungen darüber, wie zufrieden und glücklich man mit seinem Leben insgesamt ist. In den meisten neuen Mitgliedsländern der EU, in Portugal, Griechenland und Italien sind die Bürger mit ihrem Leben vergleichsweise wenig zufrieden und glücklich, während die Menschen in Skandinavien, Luxemburg und den Niederlanden insgesamt die

Tabelle 3: Indikatoren des sozialen Zusammenhalts

	Wöchentlich	Vertrauen in andere (1)	Ausnutzung durch andere (1)	Hilfsbereitschaft anderer (1)	Mitglied in Organisation/Verein (2)	Bereitschaft, aktiv etwas zu tun für	
	Treffen m. Freunden/Verwandten (1)					Ältere Menschen (2)	Kranke/Behinderte (2)
	%	Mittelwert ^a			%	%	%
A	67	5,1	5,6	5,2	66	58	57
B	68	4,8	5,6	4,4	68	67	68
D	60	4,7	5,8	4,8	50	50	49
DK	79	7,0	7,3	6,1	84	67	70
E	73	4,9	5,2	4,4	30	57	55
F	67	4,5	5,6	4,4	38	59	62
FIN	69	6,5	6,9	5,7	79	72	73
GR	43	3,6	3,7	3,0	56	66	71
I	63	4,5	4,6	4,1	41	80	82
IRL	75	5,5	6,0	6,0	56	81	81
L	66	5,2	5,5	4,5	58	61	66
NL	71	5,7	6,2	5,3	92	62	66
P	74	4,2	5,3	3,9	23	59	65
S	69	6,1	6,7	6,0	96	85	88
UK	71	5,1	5,6	5,4	34	55	59
CZ	47	4,3	5,1	3,9	58	63	76
EE					33	33	40
H	37	4,1	4,6	4,2	28	57	60
LV					31	56	59
LT					16	35	35
MT					42	76	82
PL	45	3,7	4,5	3,2	26	67	72
SK					63	69	72
SI	53	4,0	4,7	4,2	51	65	71

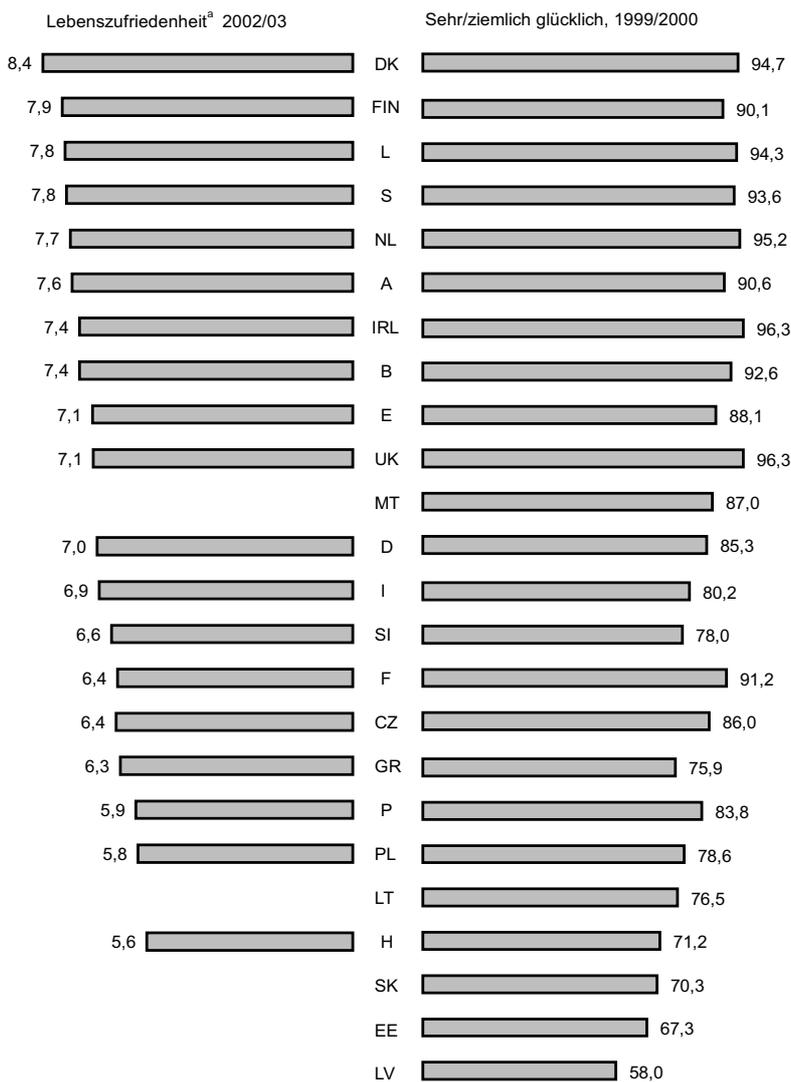
a) Mittelwert auf einer Skala von 0 (man kann nicht vorsichtig genug sein) bis 10 (man kann den meisten Menschen vertrauen) bzw. 0 (die meisten Menschen würden versuchen, mich auszunutzen) bis 10 (die meisten Menschen würden versuchen, fair zu sein) bzw. 0 (die Menschen kümmern sich meistens nur um sich selbst) bis 10 (die Menschen versuchen meistens, hilfsbereit zu sein).
Datenbasis: (1) European Social Survey 2002/3; (2) Europäische Wertestudie 1999/2000.

günstigsten Bewertungen abgeben (Grafik 2). Unter den alten Mitgliedsländern liegt Deutschland bei beiden Aspekten des Wohlbefindens an viertletzter Position.

Es stellt sich die Frage, wie die großen Wohlfahrtsunterschiede in der erweiterten Union jemals überwunden werden können, wenn dies schon unter den EU-15-Ländern bisher nicht gelingen konnte. Länder wie Griechenland und Portugal bleiben auch nach mehr als bzw. fast zwei Jahrzehnten der Mitgliedschaft in allen Bereichen hinter den anderen zurück. Die Ergebnisse der vorgestellten Analysen bestätigen einmal mehr die These, dass das soziale Kapital einer Gesellschaft, d.h. das Netz sozialer Beziehungen, die Institutionen und Normen, die das Zusammenleben regeln, und das Vorhandensein eines Klimas des Vertrauens, wichtige Voraussetzungen für wirtschaftlichen Erfolg und gesellschaftlichen Fortschritt sind³. Insbesondere Vertrauen stellt eine zentrale Ressource dar, da es die Kooperationsbereitschaft der Menschen und die Entwicklung stabiler, verlässlicher Beziehungen fördert, Risiken und Unsicherheiten vermindert und damit wirtschaftliche Transaktionen erleichtert. Dies wird durch zahlreiche wissenschaftliche Un-

tersuchungen (vgl. z.B. Knack/Keefer 1997; Zak/Knack 2001) unterstrichen, und auch auf politischer Ebene wird die grundlegende Bedeutung von Vertrauen für die Entwicklung einer Gesellschaft betont⁴. In mehreren Beitrittsländern, in Griechenland und in geringem Maße auch in Portugal und Italien herrscht jedoch ein Mangel an Vertrauen, nicht nur in die gesellschaftlichen Institutionen und in die Politik, sondern in hohem Ausmaß auch auf der interpersonalen Ebene⁵. Da Vertrauen eine solche Schlüsselfunktion hat, sollten sich zukünftige Untersuchungen mit den Ursachen des Misstrauens und der Frage, wie das Vertrauen zwischen den Menschen in den genannten Ländern gestärkt werden kann, befassen. Möglicherweise kommt man mit der Beantwortung dieser Frage dem Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse in Europa ein Stück näher.

Putnam, Robert, 2001: Social Capital: Measurement and Consequences. In: J.F. Helliwell (Hrsg.): The Contribution of Human and Social Capital to Sustained Economic Growth and Well-Being: International Symposium Report, Human Resources Development Canada and OECD.

Grafik 2: Lebenszufriedenheit und Glück in Europa

a) Mittelwert auf einer Skala von 0 (äußerst unzufrieden) bis 10 (äußerst zufrieden).
Datenbasis: European Social Survey 2002/3, Europäische Wertestudie 1999/2000.

Knack, Stephen, Keefer, Philip, 1997: *Does Social Capital Have An Economic Payoff? A Cross-Country Investigation. Quarterly Journal of Economics* 112: 1251-1288.
Zak, Paul J., Knack, Stephen, 2001: *Trust and Growth. Economic Journal* 111: 295-321.

- 1 Beide Datensätze sind das Ergebnis repräsentativer Umfragen zu Einstellungen und Verhaltensweisen der Bevölkerungen Europas (vgl. <http://www.europeansocialsurvey.org/> und <http://www.europeanvalues.nl/index2.htm>).
- 2 Das Europäische System Sozialer Indikatoren, das gegenwärtig von der Abteilung Soziale Indikatoren bei ZUMA entwickelt wird, beinhaltet eine Vielzahl weiterer Indikatoren zu den Lebensverhältnissen in Europa, die auf diesen und weiteren Surveys sowie amtlichen Datenquellen beruhen (vgl. http://www.gesis.org/en/social_monitoring/social_indicators/EU_Reporting/eusi.htm).
- 3 Diese Zusammenhänge wurden insbesondere durch die theoretischen und empirischen Arbeiten Robert Putnams deutlich (vgl. z.B. Putnam 2001).
- 4 In Deutschland hat erst kürzlich die Politikwissenschaftlerin Gesine Schwan im Rahmen ihrer Präsidentschaftskandidatur auf entsprechende Befunde hingewiesen und ‚Vertrauen‘ zu einem Schlagwort politischer Diskussionen gemacht.
- 5 Ein Zusammenhang zwischen Vertrauen, Wohlstand und anderen Wohlfahrtsaspekten ist nicht nur auf der Ebene der Aggregatdaten, sondern auch der Individualdaten feststellbar.

■ **Regina Berger-Schmitt, ZUMA**
Tel.: 0621/1246-248
berger@zuma-mannheim.de

Aktuelle Datenangebote der Abteilung Soziale Indikatoren

Das Internetangebot der Abteilung Soziale Indikatoren wurde in jüngster Zeit erweitert und aktualisiert. Neu geschaffen wurde die Möglichkeit, Individualdaten der Wohlfahrtssurveys im Internet auszuwerten. Weiterhin werden Aktualisierungen des Systems Sozialer Indikatoren für die Bundesrepublik Deutschland in elektronischer Form (disi) sowie als Druckversionen (pdf) angeboten. Das Europäische System Sozialer Indikatoren wurde um weitere Lebensbereiche ergänzt. Die Zeitreihendaten für 22 Länder sind im Internet verfügbar. Der Datenreport 2004 wird Ende August erscheinen und auch wieder als Internetversion angeboten.

- Wohlfahrtssurvey - Online
ist ein Werkzeug, das es erlaubt, die Daten der Wohlfahrtssurveys 1978 bis 1998 interaktiv auszuwerten und die Ergebnisse in Form von Tabellen und Grafiken darzustellen. Die Analysemöglichkeiten umfassen derzeit die Erstellung von Häufigkeitsauszählungen und Kreuztabellen. Weitere Analysemöglichkeiten sind in Vorbereitung.
- System Sozialer Indikatoren: Schlüsselindikatoren 1950-2003
- System Sozialer Indikatoren: Indikatortabellen und -dokumentationen
- DISI 2.1: aktualisierte Version des Digitalen Informationssystems Sozialer Indikatoren
- EUSI European System of Social Indicators: Zeitreihendaten für 5 life domains und 22 Länder

Alle Informationen sind über die folgende Internetseite verfügbar: <http://www.gesis.org/Sozialindikatoren/>

Quality of Life Research

Eine kritische Einführung in die Lebensqualitätsforschung – Buchvorstellung

Der im vergangenen Jahr bei Sage erschienene Band „Quality of Life Research“ gehört zu den ganz wenigen Abhandlungen zu diesem breiten Forschungsfeld, die für sich beanspruchen können, eine ausführliche und kritische Einführung in die Thematik zu liefern. Er ist als Lehrbuch konzipiert und behandelt neben theoretischen und eher grundsätzlichen auch empirisch praktische und anwendungsbezogene Fragen, wie z.B. die Messproblematik. Der Autor, Mark Rapley, ist Professor für Psychologie an der Murdoch Universität in Australien. Auch wenn die psychologische Sicht teilweise im Vordergrund steht, zielt der Band doch auf eine breitere Leserschaft ab, die verschiedene Disziplinen umfasst, neben der Psychologie auch die Soziologie, Gesundheitswissenschaften, Medizin und Politik. Der Band umfasst zwei Teile, die mit „Theory“ und „Practice“ überschrieben sind. Der erste, theoretische Teil ist in vier Kapitel, der zweite, praktische Teil in fünf Kapitel untergliedert. Der Lehrbuchcharakter wird dadurch unterstrichen, dass am Ende eines jeden Kapitels eine Reihe von „study questions“ gestellt sowie Literaturhinweise gegeben werden.

Die vier Kapitel des Theorieteils bieten einen historischen Überblick über die Entwicklung der Lebensqualitätsforschung und beschäftigen sich mit Definitionen, Konzeptualisierungen sowie quantitativen und qualitativen Ansätzen zur Messung und Analyse der Lebensqualität. Dabei lässt der Autor keinen Zweifel daran, dass es sich bei der Lebensqualität um ein äußerst vielschichtiges, mitunter schillerndes und alles andere als leicht zugängliches

Konzept handelt. Sozialen Indikatoren allgemein und Indikatorensystemen im Besonderen wird in diesem Kontext eine zentrale Rolle dabei zugeschrieben, Lebensqualität im Rahmen eines quantitativen Untersuchungsansatzes als ein „population-level construct“ zu operationalisieren, zu messen, zu vergleichen und in seiner Entwicklung zu beobachten. Lebensqualität wird darüber hinaus - insbesondere in der Psychologie und Medizin - jedoch auch als ein „individual-level construct“ verwendet, zu dessen Analyse neben quantitativen teilweise auch qualitative Ansätze und Techniken herangezogen werden.

Der stärker praxisorientierte zweite Teil behandelt unter anderem Aspekte der Lebensqualität in der Gesundheits- und Pflegeforschung, Ansätze und Befunde der Lebensqualitätsforschung in Bezug auf spezielle Bevölkerungsgruppen sowie die Untersuchung der Lebensqualität als Gegenstand der Psychologie. Leser aus der Praxis, die „Ratgeberwissen“ im Sinne von unmittelbarer Handlungsanleitung erwarten, werden hier eher enttäuscht werden. Die Intention des Autors besteht vielmehr darin, für ausgewählte Bereiche zu demonstrieren, „what QOL research actually looks like“ (S. 119). Dabei ist ihm bewusst, dass Theorie und Praxis in diesem Sinne nur bedingt voneinander zu trennen sind und diese Untergliederung des Bandes teilweise artifiziell erscheinen kann. Besonders deutlich wird dies in dem Kapitel über QOL als Gegenstand psychologischer Forschung, in dem sich Rapley insbesondere mit der von Richard Cummins vertretenen ‚homeostatic

theory‘ des subjektiven Wohlbefindens mit theoretischen wie auch empirischen Argumenten kritisch auseinandersetzt.

Der vorliegende Band beansprucht nicht, einen enzyklopädischen Überblick über die aktuelle Lebensqualitätsforschung zu bieten, sondern es handelt sich um eine an ausgewählten Forschungsfragen und -problemen orientierte kritische Einführung. Die Darstellung des Forschungsstandes und die daran anknüpfenden Reflexionen sind auf der Höhe der Zeit und dokumentieren die Kompetenz und die detailreichen Kenntnisse des Autors auf dem Gebiet der internationalen Lebensqualitätsforschung aus der Perspektive unterschiedlicher Disziplinen. Dabei orientiert sich der Autor nicht nur am „mainstream“ des Geschehens, sondern leuchtet auch weniger bekanntes Gelände dieses Forschungsfeldes aus und bietet seinen Lesern unkonventionelle Einblicke und Ansichten.

Alles in allem ist diese „kritische Einführung“ in die Lebensqualitätsforschung für alle an der Thematik Interessierten zweifellos lesenswert, gewinnbringend und nützlich sowie darüber hinaus auch für die Lehre zu empfehlen.

Mark Rapley: Quality of Life Research. A Critical Introduction. Sage Publications London et al. 2003 (paperback), ISBN: 0-7619-5457-0; \$ 39,95.

■ **Heinz-Herbert Noll, ZUMA**
Tel.: 0621/1246-241
noll@zuma-mannheim.de

Subjektives Wohlbefinden und subjektive Indikatoren: Grundlagen, Daten und Analysen

Workshop der Abteilung Soziale Indikatoren
Mannheim, 2. - 3. Dezember 2004

Der Workshop greift theoretische, methodische sowie daten- und anwendungsbezogene Fragen auf, die sich im Zusammenhang mit subjektiven Indikatoren stellen, u.a. auch Zweifel an deren Reliabilität und Validität. Dabei geht es nicht nur, aber auch um Indikatoren des subjektiven Wohlbefindens, wie Glück und Zufriedenheit, die bezogen auf einzelne Lebensbereiche - z.B. öffentliche Sicherheit, Gesundheit und Arbeit - sowie auch als übergreifende Wohlfahrtsmaße Verwendung finden. Für eine angemessene Anwendung und Interpretation derartiger Indikatoren sind nicht zuletzt auch grundlegende Befunde der theoretischen und empirischen Forschung von Bedeutung, z.B. zur Wirkung von Prozessen der Anpassung und deren Grenzen. Der Workshop wird unter Beteiligung namhafter Experten durchgeführt und soll den Teilnehmern nicht nur einen Überblick über den aktuellen Stand der Diskussion in diesem Forschungsfeld bieten, sondern auch Hilfestellung zum Verständnis und zur Interpretation subjektiver Indikatoren leisten sowie über Anwendungsmöglichkeiten und Datenquellen informieren.

Interessenten werden gebeten, sich bis zum 15. November beim Tagungssekretariat von ZUMA (Email: workshop@zuma-mannheim.de, Tel. 0621-1246-221) anzumelden. Für die Teilnahme wird eine Gebühr von 120 Euro erhoben.

Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an Dr. Heinz-Herbert Noll (Tel.: 0621-1246-241, Email: noll@zuma-mannheim.de) oder an Dr. Stefan Weick (Tel.: 0621-1246-245, Email: weick@zuma-mannheim.de), die den Workshop organisieren und betreuen.

Zustimmung zu traditionellem Alleinverdienermodell auf dem Rückzug

Einstellungen von Frauen zur geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung im internationalen Vergleich

Bis vor wenigen Jahrzehnten stellte das traditionelle „male breadwinner“-Modell oder Alleinverdienermodell in vielen westlichen Industriegesellschaften das dominante Modell des Geschlechterverhältnisses dar. Demzufolge war es die Aufgabe des (Ehe-) Mannes, durch Erwerbsarbeit das finanzielle Auskommen der Familie zu sichern, während die Aufgabe der (Ehe-) Frau in der Haushaltsführung und Kindererziehung bestand. Durch das Zusammenspiel verschiedener gesellschaftlicher Entwicklungen - insbesondere der Bildungsexpansion, der Emanzipationsbewegung sowie der Flexibilisierung des Arbeitsmarktes - gelang es Frauen jedoch in den vergangenen Jahrzehnten zunehmend, Eintrittsmöglichkeiten in den Arbeitsmarkt zu finden. An die Stelle des „male breadwinner“-Modells trat somit mehr und mehr ein „dual earner“-Modell oder Doppelverdienermodell, charakterisiert durch die simultane Erwerbstätigkeit beider Ehepartner. Wenngleich sich dieser allgemeine Trend in nahezu allen westlichen Industriegesellschaften beobachten ließ, zeigten sich im internationalen Vergleich allerdings deutliche Unterschiede im Ausmaß der Durchsetzung eines solchen „dual earner“-Modells. Angesichts des beschriebenen beachtlichen strukturellen Wandlungsprozesses stellt sich grundsätzlich die Frage, inwiefern dieser strukturelle Wandel von einem entsprechenden - kulturellen - Einstellungswandel begleitet wurde: Ist auch hinsichtlich des normativen Leitbildes für weibliche Lebens- und Erwerbsverläufe ein Übergang von einem Alleinverdiener- zum Doppelverdiener-Modell erkennbar? Und schlagen sich die Länderunterschiede in der Durchsetzung eines solchen Doppelverdiener-Modells in Einstellungsunterschieden zu weiblicher Familien- und Erwerbsarbeit nieder?

Diesen Fragestellungen gehen wir im Folgenden mittels der Analyse neuerer Umfragedaten in international vergleichender Perspektive nach. Im Zentrum unserer Analysen stehen dabei die Einstellungen von Frauen zur weiblichen Rolle im Spannungsfeld von Familie und Erwerbstätigkeit und deren Entwicklung im Zeitverlauf. Grundlegend für den internationalen Vergleich ist die Annahme, dass Einstellungen von Frauen zur Frage weiblicher Erwerbstätigkeit je nach kulturell-historischer Prägung, nach strukturellen Voraussetzungen (etwa nach ökonomischen Notwendigkeiten und der faktischen Durchsetzung weiblicher Erwerbstätigkeit) sowie im Zeitverlauf international variieren. Wir gehen dabei von einer „positiv sozialisierenden Wirkung“ institutioneller Kontextfaktoren aus, d.h. wir nehmen an, dass unter Rahmenbedingungen, die - strukturell oder kulturell - eine weibliche Erwerbsrolle fördern, Einstellungen zur Erwerbsrolle der Frau vergleichsweise positiv ausgeprägt sind und ein klassisches „male breadwinner“-Modell nur wenig Zustimmung findet (und vice versa). Gleichzeitig können dominante Einstellungsmuster ihrerseits wiederum institutionelle Konfigurationen bzw. institutionellen Wandel bedingen, so dass eine starke wechselseitige Assoziation zwischen kulturellen Einstellungsmustern und strukturellen Institutionenpaketen angenommen werden kann (vgl. z.B. Pfau-Effinger 1996).

Die Unterscheidung verschiedener Wohlfahrtsregime (Esping-Andersen 1990) sowie die Unterscheidung verschiedener Geschlechterarrangements durch Pfau-Effinger (1996,

1998) bieten für die Systematisierung institutioneller Kontexte einen plausiblen analytischen Rahmen. Demzufolge sind die „sozialdemokratischen“ Staaten Nordeuropas¹ (wir analysieren beispielhaft Schweden und Norwegen) gekennzeichnet durch eine ausgesprochen geschlechter-egalitäre politische Ausrichtung sowie eine staatlich geförderte, hohe und kontinuierliche Erwerbstätigkeit von Frauen. In den wirtschaftlich „liberalen“ Staaten des angelsächsischen Sprachraums (beispielhaft die USA und Großbritannien) finden sich ähnlich hohe weibliche Erwerbsquoten, jedoch eher als Konsequenz flexibilisierter Arbeitsmärkte und der finanziellen Notwendigkeit zweier Erwerbseinkommen denn einer expliziten Gleichstellungspolitik. Weit weniger umfangreich und kontinuierlich gestaltet sich hingegen die Integration von Frauen in das Erwerbsleben in den wohlfahrtsstaatlich „konservativen“ Staaten Mitteleuropas (beispielhaft hier West-Deutschland und die Niederlande) sowie insbesondere in den „familial“ ausgerichteten südeuropäischen Staaten (Italien und Spanien). Die geringe und diskontinuierliche Integration von Frauen in das Erwerbsleben lässt sich in beiden Ländergruppen auf eine Familien- und Arbeitsmarktpolitik zurückführen, die sich noch stark am Alleinverdienermodell orientiert und - insbesondere in den südeuropäischen Staaten - der Familie eine zentrale Rolle in der Wohlfahrtsproduktion zuweist. Einen besonders interessanten Fall für unsere Analysen stellen schließlich die Transformationsländer Osteuropas dar (beispielhaft Ost-Deutschland, Bulgarien und Ungarn), die institutionelle „Hybride“ bilden: Aufgrund der

sozialistischen Ideologie der Vollbeschäftigung waren hier Frauen bis zu Beginn der 90er Jahre nahezu vollständig in den Arbeitsmarkt integriert, hatten jedoch gleichzeitig zumeist die volle Verantwortung für Haushalt und Kindererziehung zu tragen. Im Anschluss an den politisch-wirtschaftlichen Systemwechsel zu Beginn der 90er Jahre nahm die weibliche Erwerbsquote infolge massiven Stellenabbaus in weiblich dominierten Wirtschaftsbereichen (wie etwa dem staatlichen Dienstleistungssektor) merklich ab und zeigte erst jüngst wieder steigende Tendenzen.

Unter Berücksichtigung der o.g. Unterscheidung von Ländern analysiert unser Beitrag Daten des ISSP-Moduls „Family and Changing Gender Roles“, das in methodisch vergleichbarer Form in den Jahren 1988, 1994 und zuletzt 2002 Einstellungen zu weiblicher Erwerbstätigkeit in verschiedenen Ländern erhob. Unsere Zielgruppe bilden dabei Frauen im Alter von 25 bis 50 Jahren - ein Altersintervall, in dem von einer erhöhten Relevanz beruflicher Tätigkeit und entsprechender persönlicher Affinität zur Themenstellung ausgegangen werden kann. Wir konzentrieren uns auf eine beispielhafte deskriptive Analyse insgesamt elf verschiedener Länder aus allen o.g. Ländergruppierungen². Um mit „Familie“ und „Erwerbstätigkeit“ beide zentralen Dimensionen weiblicher Lebens- und Erwerbsverläufe zu erfassen, unterscheiden wir analytisch zwischen (a) Einstellungen zur innerfamiliären Arbeitsteilung und (b) Einstellungen zur Erwerbstätigkeit der Frau. Im Mittelpunkt beider Analysen stehen dabei zwei Aspekte:

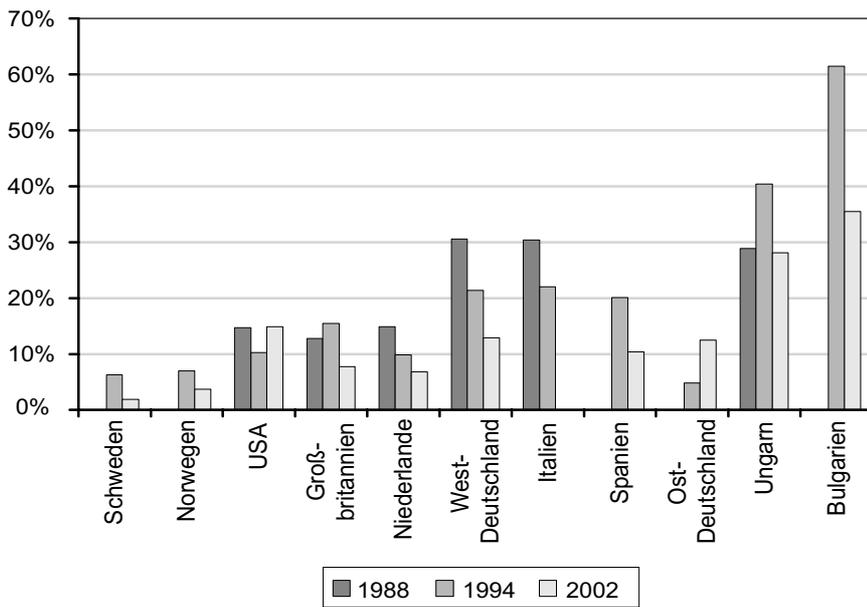
1) Welche Einstellungsmuster zu Familie und Erwerbsarbeit finden sich bei Frauen in den vergangenen zwei Jahrzehnten? Lassen sich im Zeitverlauf bestimmte Entwicklungstrends erkennen?

2) Existieren systematische Einstellungsunterschiede zwischen verschiedenen Ländern bzw. Ländergruppen und inwiefern gehen diese mit Unterschieden in institutionellen Merkmalen einher?

Internationale Unterschiede in der Zustimmung zum „Male breadwinner“-Modell

Grafik 1 gibt zunächst einen Überblick über die Zustimmung von Frauen in den untersuchten Ländern zu einem traditionellen männlichen Ernährermodell, d.h. einem Familienmodell mit erwerbstätigem Mann und auf Haushalt und Kinderbetreuung spezialisierter Ehefrau. Betrachtet man aus international vergleichender Perspektive zunächst nur die Unter-

Grafik 1: Unterstützung des „male breadwinner“-Modells



Indikator: „A man’s job is to earn money, a woman’s job is to look after the home and family.“
 Dargestellt: Antworten 1 („strongly agree“) + 2 („agree“) einer 5-Punkte-Skala.
 Datenbasis: ISSP 1988, 1994, 2002 - eigene Berechnungen. Frauen 25-50 Jahre, ungewichtet.

schiede in der Zustimmung von Frauen zum klassischen „male breadwinner“-Modell, so zeigen sich deutliche Differenzen zwischen den verschiedenen Ländergruppen. Umfassende Zustimmung findet dieses Modell überraschenderweise insbesondere in den osteuropäischen Ländern, wo es von mehr als der Hälfte aller befragten Frauen befürwortet wird. Einzige Ausnahme bildet hier Ostdeutschland, wo lediglich 10% einer derartigen Form der innerfamiliären Arbeitsteilung zustimmen. Die mittel- und südeuropäischen Staaten zeigen hingegen moderatere Unterstützungsmuster: Hier stimmten Ende der 80er Jahre noch etwa 30% aller befragten Frauen einem derartigen Modell zu, wenngleich diese Zustimmung in den vergangenen Jahren deutlich abnahm. Eine interessante Ausnahme bilden die Niederlande, in denen ein traditionelles Familienbild bereits 1988 deutlich weniger befürwortet wurde. In den Staaten des angelsächsischen Sprachraums und insbesondere den skandinavischen Staaten wird schließlich ein traditionelles Rollenbild von der großen Mehrzahl aller Frauen deutlich abgelehnt.

Zunehmende Liberalisierung von Geschlechterrollen

Betrachtet man die Entwicklung familienbezogener Einstellungen aus dynamischer Perspektive, d.h. im Zeitverlauf, so zeigt sich in einer Vielzahl von Ländern ein deutlicher Rückgang der Zustimmung für ein klassisches Modell innerfamiliärer Arbeitsteilung. Insbesondere in den Ländern Mitteleuropas (West-Deutschland, die Niederlande) nahm die Zustimmung im Zeitraum von 1988 bis 2002 um etwa die Hälfte ab, so dass hier zu Beginn dieses Jahrzehnts nur noch ca. 10 bis 20% aller Frauen einer klassischen geschlechtsspezifischen Arbeits-

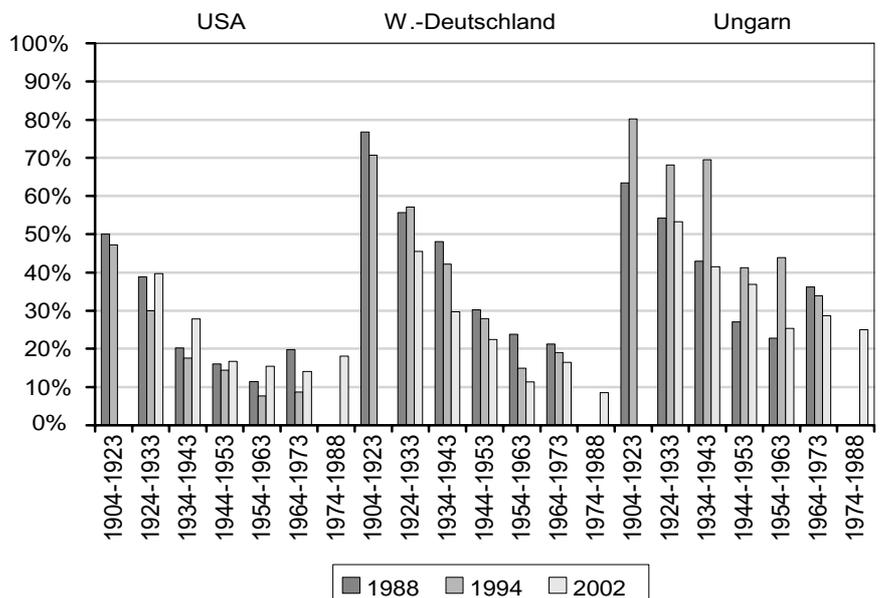
teilung zustimmen. Ein besonderes Einstellungsmuster zeigt sich in Ungarn. Hier stieg die Zustimmung für das klassische Ernährermodell Mitte der 90er Jahre zunächst deutlich an, sank jedoch bis zum Jahr 2002 wieder nahezu auf seinen Ausgangswert von 1988.

Wenngleich internationale Unterschiede auch zur Jahrhundertwende bestehen bleiben, deuten die Einstellungstrends im Zeitverlauf auf eine schrittweise Konvergenz in Richtung eines egalitäreren Geschlechterrollenmodells

hin. Wird dieser Wertewandel durch einen allgemeinen Einstellungswandel innerhalb bestimmter Altersgruppen im Hinblick auf Geschlechterrollen hervorgerufen oder handelt es sich hier eher um einen intergenerationalen Wandel, d.h. um einen schrittweisen Einstellungswandel bedingt durch den Austausch der Generationen? Grafik 2 zeigt zur Beantwortung dieser Frage exemplarisch den Wandel von Einstellungen verschiedener Geburtsjahrgänge im Zeitverlauf für drei ausgewählte Länder. Deutlich wird zunächst, dass sich sowohl in den USA als auch in Westdeutschland klare Zeichen für einen intergenerationalen Wandel finden lassen. Hier stimmen jüngere Geburtskohorten dem Alleinverdiener-Modell in deutlich geringerem Maße zu als ältere. Für Ungarn lässt sich ein entsprechendes Muster ebenfalls für die Geburtsjahrgänge 1954-63 und älter feststellen, allerdings zeigen hier überraschenderweise die jüngeren Geburtskohorten wieder eine positivere Einstellung zum Alleinverdienermodell.

Während sich hinsichtlich des Wandels von Einstellungen zwischen verschiedenen Generationen deutliche Trends finden lassen, zeigt sich bei der Betrachtung von Einstellungsentwicklungen innerhalb bestimmter Geburtsjahrgänge eine weniger einheitliche Entwicklung. Lediglich in Westdeutschland ist ein deutlicher Rückgang in der Zustimmung zum „male breadwinner“-Modell auch innerhalb bestimmter Geburtsjahrgänge erkennbar. Während sich in Ungarn das bereits beschriebene umgekehrt u-förmige Einstellungsmuster auch bei der kohortenbezogenen Perspektive repliziert, deuten die amerikanischen Ergebnisse eher auf einen moderat u-förmigen Entwicklungstrend hin.

Grafik 2: Kohortenanalyse zur Unterstützung des „male breadwinner“-Modells



Indikator: „A man’s job is to earn money, a woman’s job is to look after the home and family.“
 Dargestellt: Antworten 1 („strongly agree“) + 2 („agree“) einer 5-Punkte-Skala.
 Datenbasis: ISSP 1988, 1994, 2002 - eigene Berechnung. Frauen, ungewichtet.

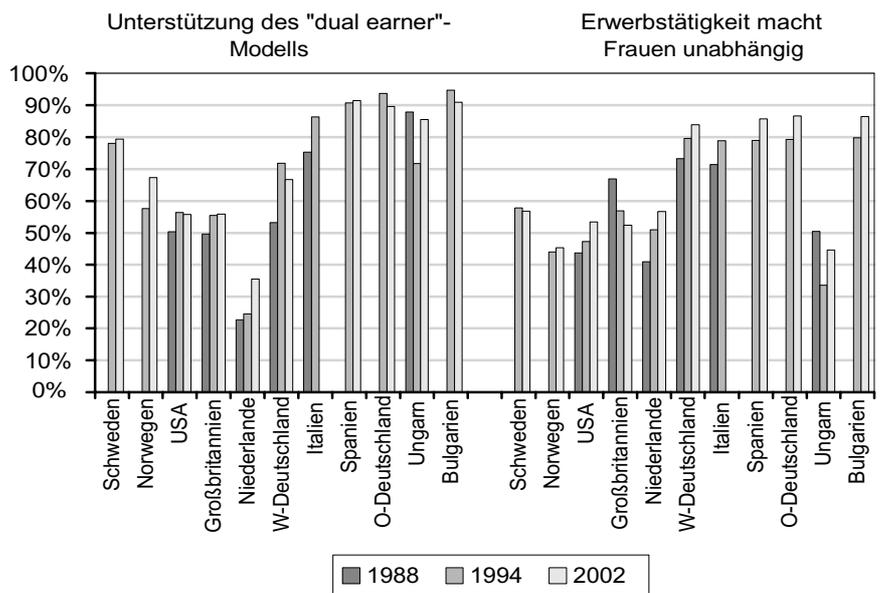
Wenig Zustimmung zum „male breadwinner“-Modell bei hohen Erwerbsquoten

Zusammenfassend deuten die internationalen Unterschiede auf die Bestätigung eines positiven Zusammenhangs zwischen institutionellen Kontextfaktoren und Einstellungen zur familialen Arbeitsteilung hin: In Ländern, in denen eine hohe und kontinuierliche Arbeitsmarktintegration von Frauen vorherrschend ist, wird eine traditionelle Arbeitsteilung mehrheitlich abgelehnt, während in Ländern mit geringeren weiblichen Erwerbsquoten ein solches Modell eine deutlich höhere Zustimmung findet. Eine bemerkenswerte Ausnahme bilden die post-kommunistischen Staaten Osteuropas, in denen eine ehemals hohe Erwerbsbeteiligung mit einem ausgesprochen konservativen Familienbild einhergeht und in denen insbesondere auch jüngere Generationen einem „male breadwinner“-Modell stark zustimmen. Hier kann als Erklärung der staatlich verordnete „Zwangsscharakter“ weiblicher Erwerbstätigkeit herangezogen werden, der Frauen die Verantwortung für Familie und Erwerbsleben aufbürdete, so dass eine Rückkehr zur reinen Familienrolle nun als Befreiung von dieser „Doppelbelastung“ wahrgenommen wird.

Trotz signifikanter Unterschiede zwischen verschiedenen Ländergruppen, die auch bei Kontrolle soziodemographischer Faktoren statistisch bedeutsam bleiben (vgl. hierzu ausführlicher Lück/Hofäcker 2004), deuten schließlich die beobachteten Entwicklungstrends auf eine Angleichung nationaler Einstellungsmuster in Richtung eines „moderneren“, egalitäreren Rollenmodells hin. Da sich dieser Prozess jedoch weitgehend als Einstellungswandel zwischen den Generationen vollzieht, kann davon ausgegangen werden, dass es sich hier eher um einen langfristigen, schrittweisen Diffusionsprozess handelt.

Das „male breadwinner“-Modell ist eine Institution, die eine allgemeine Form der Arbeitsteilung von Haus- und Erwerbsarbeit zwischen den Geschlechtern vorsieht. Erwerbsarbeit von Frauen widerspricht dieser normativen Zuständigkeit in zweierlei Hinsicht: Sie verletzt das Monopol der Männer auf Erwerbsarbeit und stellt die Beschränkung von Frauen auf Haushaltsführung und Kindererziehung in Frage. Man könnte also einen engen Zusammenhang zwischen der Akzeptanz eines „male breadwinner“-Modells und der gesellschaftlichen Anerkennung weiblicher Erwerbsbeteiligung vermuten. Zum einen sollten sich die internationalen Einstellungsunterschiede in verschiedenen Regimen und Kulturräumen spiegelbildlich zeigen: Wo traditionelle Arbeitsteilung als „normal“ gilt, sollte Frauenerwerbstätigkeit abgelehnt werden und umgekehrt. Zum anderen sollten die Trends spiegelbildlich verlaufen: Mit dem beobachteten Verblässen der Norm des Alleinverdiener-Modells sollte die gesellschaftliche Anerkennung weiblicher Erwerbsarbeit steigen. Dieser Zusammenhang sollte um so deutlicher sein, je zeitlich umfas-

Grafik 3: Befürwortung weiblicher Erwerbsarbeit



Indikatoren: „Having a job is the best way for a woman to be an independent person.“ sowie „Both the man and woman should contribute to the household income.“ Dargestellt jeweils: Antworten 1 („strongly agree“) + 2 („agree“) einer 5-Punkte-Skala.
 Datenbasis: ISSP 1988, 1994, 2002 - eigene Berechnung. Frauen 25-50 Jahre, ungewichtet.

sender und kontinuierlicher Frauen tatsächlich in das Erwerbsleben integriert sind.

Keine systematischen Unterschiede zwischen Ländern bei Einstellungen zur Frauenerwerbstätigkeit

Niveauunterschiede zwischen den Nationen sind durchaus erkennbar. Allerdings zeigen sich weniger deutlich ausgeprägte Strukturen, und die Unterschiede entsprechen in deutlich geringerem Maße den aufgestellten institutionellen Hypothesen. Grafik 3, linke Hälfte, veranschaulicht exemplarisch die grundsätzliche Zustimmung zu der Forderung, Männer und Frauen sollten zum Haushaltseinkommen beitragen.

Dabei zeigt sich eine sehr hohe Zustimmung in fast allen Staaten Osteuropas. Dies erscheint auf den ersten Blick als ein Widerspruch zu der - ebenfalls - stark normativ verankerten Zuständigkeit von Frauen für die Haushaltsführung in diesen Staaten: Statt Spiegelbildlichkeit findet sich hier also eine Gleichzeitigkeit beider Zuschreibungen. Die historisch gewachsene Bedeutung weiblicher Erwerbsarbeit in kommunistischen Gesellschaften - bei gleichzeitiger asymmetrischer Verteilung der Hausarbeit - mag diesen hohen Akzeptanzwert ebenso erklären wie die Tatsache, dass in vielen dieser Länder aufgrund eines geringen Lohnniveaus meist noch die Erwerbsarbeit beider Ehepartner für ein adäquates Haushaltseinkommen notwendig ist.

Aus institutioneller Perspektive überraschend erscheinen hingegen die Befunde in den mittel- und südeuropäischen Ländern. So zeigen insbesondere Frauen in Südeuropa und West-Deutschland eine vergleichsweise starke Zustimmung zur Erwerbsarbeit beider Partner,

obwohl sich hier sowohl die institutionellen Strukturen als auch die faktische Arbeitsmarktpartizipation von Frauen noch stark am „male breadwinner“-Modell orientieren. In den Niederlanden, wo in den vergangenen Jahrzehnten die weibliche Erwerbsteilnahme durch ein erweitertes Angebot an Teilzeitarbeit deutlich anstieg, zeigt sich hingegen eine überraschend geringe Befürwortung beiderseitiger Erwerbstätigkeit.

Unterschiedliche Einstellungsmuster zeigen sich schließlich in Ländern, die durch eine ausgesprochen hohe und kontinuierliche Integration von Frauen in das Erwerbsleben gekennzeichnet sind. Während in den skandinavischen Ländern - insbesondere in Schweden - die beiderseitige Erwerbstätigkeit beider Ehepartner noch von deutlich mehr als der Hälfte der befragten Frauen befürwortet wird, fällt die entsprechende Zustimmung in den Staaten des angelsächsischen Sprachraums mit etwa 50 % deutlich moderater aus. Der Zusammenhang zwischen institutionellem Kontext und normativer Verankerung eines „dual earner“-Modells scheint in den betrachteten Länderbeispielen also mitunter eher kontraintuitiv. Zudem sind die Unterschiede innerhalb der institutionellen Regimecluster größer als die zwischen ihnen, so dass die Konturen institutioneller Regime verschwimmen.

Eine mögliche Ursache für die weniger systematische Einordnung der Einstellungsmuster in einheitliche Regimecluster könnte in möglichen Validitätsproblemen der ISSP-Indikatoren liegen³. Ein zentraler Kritikpunkt an der verwendeten Fragestellung liegt darin, dass die Ergebnisse in Schaubild 3, links, möglicherweise eher Einsichten in die faktische Notwendigkeit eines beiderseitigen Erwerbseinkommens wider-

spiegeln denn eine normative Orientierung. Daher ist es aufschlussreich, ergänzend einen zweiten Indikator hinzuzuziehen.

Grafik 3, rechte Hälfte, zeigt die Zustimmung zu der Aussage, Erwerbstätigkeit sei das beste Mittel für eine Frau, um unabhängig zu sein. Dieser Indikator misst zunächst nur einen Erfahrungswert, der nicht direkt an die Befürwortung oder Ablehnung von weiblicher Erwerbsarbeit gebunden ist. Er korreliert jedoch so stark mit den Einstellungsindikatoren, dass wir davon ausgehen können, dass Befragte hier auch ihre normative Werthaltung zum Ausdruck bringen. Und dabei ist das ökonomische Motiv der Unterstützung weiblicher Erwerbsarbeit ausgeblendet. Das Bild relativiert sich dadurch etwas, bleibt aber im Kern das gleiche: Lediglich die Staaten Ost-Europas streuen in ihrer Zustimmung relativ stark, mit hoher Zustimmung in Ost-Deutschland und Bulgarien sowie niedriger Zustimmung in Ungarn. Die mittel- und südeuropäischen Staaten, in denen das „male breadwinner“-Modell stark verankert ist, zeigen (wiederum mit Ausnahme der Niederlande) eine hohe Zustimmung, während Frauen in angelsächsischen und skandinavischen Staaten sich in Bezug auf die Unabhängigkeitsthese zurückhaltend äußern.

Popularitätsgewinn weiblicher Erwerbsarbeit in mittel- und südeuropäischen Ländern

Betrachtet man die Entwicklung erwerbsbezogener Einstellungen im Zeitverlauf, so zeigen sich meist nur sehr moderate Veränderungen, die zudem im Ländervergleich meist kein einheitliches Verlaufsmuster aufweisen. Lediglich in mittel- und südeuropäischen Ländern ist für beide Indikatoren ein merklicher und kontinuierlicher Anstieg in der Zustimmung zur weiblichen Erwerbstätigkeit erkennbar. Insbesondere hier wächst damit die Diskrepanz zwischen öffentlicher Meinung und der institutionellen Förderung bzw. faktischen Verbreitung weiblicher Erwerbsarbeit.

Auch Einstellungen zu weiblicher Erwerbsarbeit sind durch die institutionellen Kontexte der verschiedenen Gesellschaften beeinflusst. Allerdings sind die Strukturen der Wohlfahrtsregime hier sehr viel schwächer ausgeprägt als bei der normativen Verankerung des „male breadwinner“-Modells und die Unterschiede machen sich umgekehrt bemerkbar als erwartet: Während die Zustimmung zum „male breadwinner“-Modell synchron zu dessen institutioneller Verankerung variiert und die Vorstellung stabiler Geschlechterarrangements stützt, in denen das kulturelle Leitbild auch durch institutionelle Strukturen und die Politik bestärkt wird (vgl. Pfau-Effinger 1998: 183f.), verhält sich die Zustimmung zu weiblicher Erwerbstätigkeit nicht selten umgekehrt proportional zu deren faktischer Etablierung. Frauen befürworten sie vor allem in den Ländern, in denen sie geringer verbreitet ist. Kulturelle Leitbilder und Institutionen scheinen also in Bezug auf weibliche Erwerbsbeteili-

gung derzeit eher im Widerspruch zueinander zu stehen. Unterstellt, dass dieser Befund inhaltlich und nicht methodisch zu interpretieren ist, ließe sich der Widerspruch als ein „institutional lag“ (vgl. Pfau-Effinger 1998: 184) in den mittel- und südeuropäischen Staaten deuten, bei dem ein gewandeltes geschlechterkulturelles Modell noch nicht in institutionellen Strukturen nachvollzogen und etabliert ist. Vielleicht ist dieses Bild aber auch auf Enttäuschungen zurückzuführen, die Frauen in angelsächsischen und skandinavischen Staaten auf dem Arbeitsmarkt machen, etwa aufgrund geschlechtsspezifischer Segregation von Arbeitsmärkten oder aufgrund von Marginalisierung in spezifischen Beschäftigungsformen wie Teilzeitarbeit.

Unsere Analysen haben gezeigt, dass auch innerhalb eines vergleichsweise kleinen zeitlichen Beobachtungsfensters Einstellungen zur innerfamiliären Arbeitsteilung bzw. zur Erwerbstätigkeit der Frau - sowohl innerhalb als auch zwischen verschiedenen Institutionenregimen - eine beachtliche Dynamik aufweisen können. Bezüglich der Zustimmung zum „male breadwinner“-Modell im allgemeinen bestätigt sich unsere Hypothese der positiv sozialisierenden Wirkung institutioneller Kontexte, d.h. wir finden eine wechselseitige Unterstützung von institutionellen Strukturen und normativen Leitbildern. Allerdings zeigen sich insbesondere in jüngerer Vergangenheit Wandlungstendenzen, die auf eine Angleichung in Richtung eines liberaleren Geschlechterrollenmodells hindeuten. Bei der Betrachtung weiblicher Erwerbstätigkeit zeigt sich dagegen ein eher umgekehrter Zusammenhang: Hier finden wir zwischen institutioneller Realität und individuellen Einstellungsäußerungen Gegensätze und Spannungen, die noch einer eingehenderen empirischen Untersuchung bedürfen.

Esping-Andersen, Gøsta, 1990: The Three Worlds of Welfare Capitalism. Cambridge: Polity Press.

Lück, Detlev, Hofäcker, Dirk, 2004: Rejection and Acceptance of the Male Breadwinner Model: Which Preferences do Women Have under

Which Circumstances? GLOBALIFE Working Paper Nr. 60, University of Bamberg.

Pfau-Effinger, Birgit, 1996: Analyse internationaler Differenzen in der Erwerbsbeteiligung von Frauen - theoretischer Rahmen und empirische Ergebnisse. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 48, 4: 462-492.

Pfau-Effinger, Birgit, 1998: Arbeitsmarkt- und Familiendynamik in Europa - Theoretische Grundlagen der vergleichenden Analyse. S. 177-194 in: Birgit Geissler (Hrsg.): Frauenarbeitsmarkt. Der Beitrag der Frauenforschung zur sozioökonomischen Theorieentwicklung. Berlin: Ed. Sigma.

- 1 *Esping-Andersen verwendet zur Charakterisierung verschiedener Regimetyper die Begriffe „liberale“, „sozialdemokratische“ und „konservative“ Wohlfahrtsstaaten (vgl. Esping-Andersen 1990). Wir verwenden im Folgenden aufgrund der Übereinstimmung mit geographischen Zuordnungen die Bezeichnungen „angelsächsisch“, „skandinavisch“ sowie „mittel- und südeuropäisch“ synonym.*
- 2 *Für eine ausführlichere erklärende Analyse entsprechender Einstellungsmuster mittels verschiedener multivariater Analyseverfahren vgl. Lück/Hofäcker 2004.*
- 3 *Problematisch erscheint, dass die verfügbaren Indikatoren keine allzu scharfe Unterscheidung von verinnerlichten Werthaltungen, etablierten Normen und ökonomischen Notwendigkeiten ermöglichen. Darüber hinaus sollten Fragen zu weiblicher Erwerbstätigkeit nach deren Form differenzieren - etwa nach Umfang, Befristung, Branche und Konditionen -, zumal individuelle Einstellungen innerhalb dieses Spektrums stark variieren dürften. Für ausführlichere methodische Überlegungen vgl. Lück/Hofäcker 2004.*

■ Dirk Hofäcker und Detlev Lück, Universität Bamberg

Tel.: 0951-863-3122 und -2593

dirk.hofaecker@sowi.uni-bamberg.de

detlev1.lueck@sowi.uni-bamberg.de

6th Conference of the International Society for Quality-of-Life Studies: Advancing Quality of Life in a Turbulent World 10.-14. November 2004, Philadelphia, USA

Die sechste Konferenz der „International Society for Quality-of-Life Studies“ findet dieses Jahr mit dem Thema „Advancing Quality of Life in a Turbulent World“ in Philadelphia, USA statt. Die internationale Konferenz bietet eine Plattform für verschiedene Wissenschaftsdisziplinen zur Präsentation und Diskussion von Beiträgen aus dem Bereich der Lebensqualitätsforschung. Neben vier Plenarveranstaltungen werden auch Foren zu einer großen Zahl von spezifischen Themen angeboten.

Detaillierte Informationen sind im Internet unter folgenden Adressen zu finden:

<http://market1.cob.vt.edu/isqols/>

<http://www.gesis.org/Sozialindikatoren/>

Herausgeber

Zentrum für Umfragen, Methoden und
Analysen (ZUMA) e.V.
Abteilung Soziale Indikatoren

Postfach 12 21 55
D-68072 Mannheim
Telefon 06 21/12 46-0
<http://www.gesis.org/sozialindikatoren>

Verantwortlich für den Inhalt

Dr. Heinz-Herbert Noll

Redaktion

Dr. Stefan Weick, Angelika Scheuer

Satz und Druck

Verlag Pfälzische Post GmbH
Winzinger Straße 30
67433 Neustadt/Weinstraße

Gestaltung

Kognito, Berlin

Zuma ist Mitglied der Gesellschaft
Sozialwissenschaftlicher Infrastrukturan-
einrichtungen (Gesis) e.V.
Bei Quellenangabe frei zum Nachdruck;
Beleg erbeten
ISSN 0935-218X

32. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie Soziale Ungleichheit - kulturelle Unterschiede München, 4.-8. Oktober 2004

Die Sektion Soziale Indikatoren ist im Rahmen des diesjährigen Kongresses Organisator bzw. Mitorganisator von zwei Veranstaltungen:

Plenarveranstaltung der Sektion Soziale Indikatoren in der DGS in Zusammenarbeit mit der Sektion Medizin- und Gesundheitssoziologie zum Thema „Gesundheit, Lebensstile und Ungleichheit: Indikatoren und Analysen im Kontext politischer Diskussionen“

Donnerstag, 7. Oktober, 11.00 bis 12.45 Uhr

Organisation: Johann Behrens (Halle, Universität Halle-Wittenberg) und Heinz-Herbert Noll (ZUMA, Mannheim)

A. Mielck (Neuherberg): Soziale Ungleichheit in der gesundheitlichen Versorgung: Argumente gegen die Überbetonung von Lebensstil und Eigenverantwortung

Th. Lampert, T. Ziese (Berlin): Soziale Ungleichheit des Krankheits- und Sterbegeschehens in Deutschland - Welchen Erklärungsbeitrag leistet das gesundheitsrelevante Verhalten?

C.G. Ullrich, B. Christoph (Mannheim): Wahrnehmung von Lastenverteilungen und Verteilungskonflikten im deutschen Gesundheitssystem - Ergebnisse einer empirischen Untersuchung

H. Brockmann (Bremen): Können wir uns die demographische Alterung leisten? Altersrationierung und Generationengerechtigkeit am Beispiel des Krankenhauspatienten

Kontakt:

Prof. Dr. Johann Behrens, Sprecher der Sektion Medizin- und Gesundheitssoziologie, Martin-Luther-Universität, Institut für Gesundheits- und Pflegewissenschaft, Magdeburger Str. 27, 06112 Halle, Tel.: 0345/557-4466, Email: johann.behrens@medizin.uni-halle.de
Dr. Heinz-Herbert Noll, Sprecher der Sektion Sozialindikatoren, ZUMA, Postfach 122155, 68072 Mannheim, Tel.: 0621/1246-241, Email: noll@zuma-mannheim.de

Veranstaltung der Sektion Sozialindikatoren zum Thema: „Einkommen, Ausgaben und Lebenslagen: Soziale Ungleichheit oder differentielle Lebensführung“

Donnerstag, 7. Oktober, 14.00 bis 17.00 Uhr

Organisation: Heinz-Herbert Noll (ZUMA, Mannheim)

P. Krause (Berlin): Einkommensentwicklung in Deutschland - Verteilung, Armut und Dynamik

O. Groh-Samberg (Münster): Armut und Prekarität - zwischen sozialer Klassenlage und kultureller Lebensführung

T. Mika (Berlin): Armut ohne Sozialhilfe: Was erklärt die Nichtinanspruchnahme von Sozialhilfe?

D. Bögenhold (Bozen), U. Fachinger (Bremen): Konsummuster im Kontrast: Die Entwicklung unterschiedlicher Einkommensverwendungsmuster anhand verschiedener Haushaltstypen im zeitlichen Wandel

E. Holst, J. Schupp (Berlin): Ausgabenentscheidungen im Haushalt und Geschlechterrollen

B. Schmid (Neuchâtel): Objektive und subjektive Problemlagen: eine Frage des Einkommens?

M. Szydlik (Erfurt): Schenkungen: Vernachlässigter Indikator sozialer Ungleichheit?

B. Isengard (Berlin): Unterschiede im Freizeitverhalten: Ausdruck sozialer Ungleichheitsstrukturen oder Ergebnis individualisierter Lebensführung?

R. Richter, S. Kytir (Wien): Einkommensunterschiede und Lebensstile in Balkanländern

Kontakt:

Dr. Heinz-Herbert Noll, Sprecher der Sektion Sozialindikatoren, ZUMA, Postfach 122155, 68072 Mannheim, Tel.: 0621/1246-241, Email: noll@zuma-mannheim.de